

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: F. B. H. Gdard, Berlin NW. 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: A 2 Flora 4933.

Verlag: A. Lanke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 Mk. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die sechsgehaltene Nonpareilleseite bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Nahrungsmittel-Industrie- Berufsgenossenschaft im Jahre 1930

Betrachtet man das Mitglieder- (Arbeitgeber-) Verzeichnis dieses Versicherungsträgers, so findet man die verschiedenartigsten Gewerbebezüge darin. Es gibt wohl keine Unfallberufsgenossenschaft, die so viel verschiedene Berufe umfaßt, wie diese. Neben Bäckereien, Konditoreien, aller Art von Nahrungsmittelfabriken usw. geht der Berufskatalog bis herab zu den Badeanstalten. Es erscheint immer unklarer, was eigentlich diese Badeanstalten in einer „Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft“ zu suchen haben. Wäre es nicht besser und zweckmäßiger, diese berufsfremden Betriebe der neu errichteten „Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege“ zu überweisen?

Insgesamt waren bei der Genossenschaft am Jahreschluß 76 715 Betriebe mit 462 399 Vollarbeitern versichert. Da im Vorjahre 69 671 Betriebe mit zusammen 431 318 Vollarbeitern gezählt wurden, ist sowohl nach der Zahl der Betriebe als auch nach der der Arbeitnehmer eine Zunahme festzustellen. Zu diesen versicherten Betrieben bzw. Arbeitnehmern kommen noch 2375 freiwillig versicherte Arbeitgeber. In der folgenden Aufstellung sind die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Betriebe angegeben. Unterschieden wird dabei zwischen solchen mit Hand- und Motorbetrieb:

	Hand- betrieb	Motor- betrieb
Bäckereien, Brotfabriken	10	56 017
Konditoreien, Feinbäckereien	13	4 433
Kakao-, Schokoladefabriken	7	272
Küchenbetriebe in Hotels usw.	596	5 314
Fischkonservenfabriken, Räuchereien	149	468
Zuckerwarenfabriken	68	725
Keksfabriken	7	132
Konservenfabriken	4	362
Kaffeebrennereien usw.	—	431
Marmelade-, Geleefabriken	10	193
Leigwarenfabriken	—	278
Sauerkrautfabriken	14	291
Pfefferkuchen- u. Honigkuchenfabriken	1	200
Senf- und Gewürzfabriken	2	223

Hierzu kommen — außer den 3402 Badeanstalten — noch eine ganze Reihe anderer Nahrungsmittelbetriebe, deren einzelne Aufzählung hier jedoch zu weit gehen würde.

Die Gesamtausgaben der Genossenschaft betragen im Berichtsjahre 3 866 759,83 Mk. Sie verteilen sich auf folgende wichtige Einzelposten:

Unfallentschädigungen	2 904 166,32 Mk.
Unfallverhütung	195 294,53 „
Verfahrenskosten	155 056,07 „
Verwaltungskosten	612 242,91 „

Das Umlagesoll (Beiträge) für das Jahr 1930 schließt mit einem Betrage von 4 242 415,70 Mk. ab. Das Gesamtvermögen der Genossenschaft erreicht die Summe von 5 726 107,64 Mk. Leider enthält der Bericht keine Angaben über den Beitragseingang. Es kann jedoch als sicher hingestellt werden, daß die Genossenschaft mit säumigen und rückständigen Zahlern dieselben Schwierigkeiten hat wie die anderen Versicherungsträger. Folgende Ausführungen des Berichts bestätigen diese Vermutung: „Der Eingang der

Lohnnachweise ließ auch im Berichtsjahre insofern viel zu wünschen übrig, als ein großer Teil überhaupt nicht oder erst nach dem gesetzlich spätesten Termin einging. Beim Abschluß der Heberolle fehlten die Lohnnachweise von rund 14 000 Betrieben. Die Säumigkeit der Mitglieder in bezug auf ihre Verpflichtungen der Genossenschaft gegenüber, besonders hinsichtlich der Einreichung der Lohnnachweise, hat sich auch im Berichtsjahre nicht geändert, trotzdem im vergangenen Jahre in dieser Beziehung säumig gewesene Mitglieder mit Strafen belegt worden waren.“

Bei der Prüfung der Lohnbücher der Arbeitgeber, die von Beamten der Genossenschaft vorgenommen wurden, wurden viele Unrichtigkeiten und Unstimmigkeiten vorgefunden. Vielfach — besonders in Bäckereibetrieben — werden trotz Vorschrift überhaupt keine Lohnbücher geführt. Wegen Nichtanmeldung ihrer versicherungspflichtigen Betriebe wurden 487 Unternehmer mit insgesamt 12 220 Mk. Geldstrafe belegt.

Interessant sind die Angaben des Berichts über die Streitverfahren um die Rente. Gegen die Bescheide der Genossenschaft wurde in 1198 Fällen von den Arbeitnehmern Berufung eingelegt. Einschließlich der aus dem Vorjahr unerledigt übernommenen harrten 1554 Fälle ihrer Entscheidung. Von diesen fanden 1121 ihre Erledigung, und zwar zugunsten der Genossenschaft 60,21 Proz. und zugunsten der Versicherten 20,61 Proz. der Fälle. Durch Vergleich endeten 19,18 Proz. Unerledigt blieben 433 Streitfälle. Vor dem Reichsversicherungsamt schwebten 146 Rekurse. Hier hatten die Versicherten noch weit weniger Glück. Es endeten von den Rekursen: zugunsten der Genossenschaft 74,66 Proz., zugunsten der Versicherten 6,16 Proz., durch Vergleich usw. 19,18 Proz. Betriebsunfälle wurden 19 741 gemeldet gegen 22 202 im Vorjahre. Von diesen Unfällen wurden 1587 (1251) entschädigt. Einen tödlichen Ausgang hatten 80 (67) Unfälle, 4 (2) führten zu dauernder völliger, 153 (146) zu dauernder teilweiser und 1350 (1306) zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Auf je 1000 Versicherte entfielen

	1930	1929
Gemeldete Unfälle	38,21	46,02
Entschädigte Unfälle	3,07	2,38
Tödliche Unfälle	0,15	0,13

Während demnach die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle gestiegen ist, ist eine Verminderung der entschädigten und tödlichen Fälle eingetreten. Ueber die Unfallursachen heißt es in dem Bericht: „Die Ursachen der vorgekommenen Unfälle wird man in der Hauptsache im folgenden zu sehen haben: in nicht vermeidbaren Vorkommnissen, in Spielereien und Leichtsinne, in ungünstigen Betriebseinrichtungen und in fehlenden Schutzvorrichtungen bzw. Nichtbeachtung der Unfallmöglichkeiten beim Bau der Maschinen und Apparate. Hierin ist fraglos die größte Unfallgefahr zu sehen. Leider ist im praktischen Fabrikbetrieb und auch in Ingenieurkreisen den Fragen der technischen Unfallverhütung im allgemeinen viel zu wenig und zu spät Beachtung geschenkt worden. Man begnügte sich meist mit Belehrungen und Anweisungen der Arbeiter, indem man ihrem unvorsichtigen Verhalten die Haupt-

schuld am Zustandekommen der Unfälle beilegte. Schon der auf den Unfallanzeigen noch heute immer wiederkehrende Vermerk „handelte leichtsinnig oder verbotswidrig“, ferner „der Unfall ist auf ausschließliches Verschulden des Verletzten zurückzuführen“, beweist, daß dieser bequeme Weg der Verbote und Sollvorschriften für die Arbeiter nicht der ist, auf dem eine wirksame Besserung zu erwarten ist. Damit soll keineswegs die vielfach und wohl auch mit Recht beklagte Unvorsichtigkeit der Arbeiter in Schutz genommen werden.

Andererseits ist es doch selbstverständlich, daß der Arbeiter die nach dem Grade seiner subjektiven Geschicklichkeit, Einsicht und Erfahrung natürliche Vorsicht anwendet und sich nicht mit Absicht durch die Maschine verstümmeln läßt. Eine absolute, auf die persönliche Sicherheit gerichtete Aufmerksamkeit während der ganzen Arbeitszeit wird von keinem Menschen verlangt werden können. Hinzu kommt die wachsende Vertrautheit mit der Gefahr und das trügerische Gefühl der Sicherheit, das das verhältnismäßige Ausbleiben eines Unfalles dem einzelnen gibt.“

Die in diesem letzten Absatz gemachten Ausführungen können von uns nur unterstrichen werden. Es wird Zeit, daß die Genossenschaften nun endlich einmal von der jahrelang gemachten Behauptung abgehen, daß die Arbeitnehmer in den weitaus meisten Fällen die Unfälle selbst verschulden. Der Bericht enthält dann noch weiter Schilderungen über die häufigsten Unfallgefahren und über bemerkenswerte Einzelunfälle. So ereigneten sich allein 215 Unfälle durch Kraftübertragungsanlagen. Nicht weniger als 130 Unfälle entfallen auf mangelhaft oder überhaupt ungeschützte Zahn- und Kettenräder. Derartige ungeschützte Teile befinden sich nach den Berichten der Aufsichtsbeamten nicht nur an alten, sondern sogar an neuen Maschinen. Immer wieder werden zahlreiche Unfälle durch elektrischen Strom verursacht. So wurden 55 derartige Unfälle im Berichtsjahre gemeldet. Von diesen verliefen 8 tödlich. Zwei dieser tödlichen Unfälle ereigneten sich an schadhast gewordenen Leitungen der Backofenbeleuchtungen in zwei Bäckereien. Auch sonst ereigneten sich mancherlei Unfälle infolge elektrischen Stroms. Es kann deshalb den Versicherten nicht oft genug geraten werden, auf ausreichende Isolierung und Erdung der elektrischen Leitungen und Apparate zu achten. Jedes Jahr kehren Unfälle durch Zerknall von Perkinsrohren bei Dampfbacköfen wieder. Im Berichtsjahre waren 11 derartige Unfälle zu verzeichnen. Unfälle an (sehr oft ungeschützten!) Knetmaschinen wurden 221 gezählt. Auch Brot- und Zwieback-schneidemaschinen gehören zu den gefährlichen Maschinen. Von diesen 91 Unfällen wären nach den Angaben der Genossenschaft ebenfalls ein großer Teil zu verhüten gewesen, wenn an den Maschinen Schutzvorrichtungen vorhanden bzw. nicht mangelhaft gewesen wären.

Verhältnismäßig viel Unfälle (131) sind auf Walzmaschinen zurückzuführen. Immer wiederkehrend sind auch Unfälle an Aufzügen für Personen oder Lasten. An sonstigen Beförderungsanlagen (Gurt-, Band-, Becher- oder Kettentransportanlagen) ereigneten sich 67 Unfälle. Wie fast sämtliche anderen Berufsgenossenschaften, so klagt auch die NSB. über zahlreiche Unfälle

(81), durch Kurbelrückschläge an Automobilen. An Dampfbockesseln und Kaffeelochmaschinen erlitten 70 Arbeitnehmer einen Unfall. Infolge Falles durch Fußböden, Lutten, Glasdächer usw. ereigneten sich 101 Unfälle. Betrachtet man diese Unfallursachen im allgemeinen, so muß man die Feststellung machen, daß ein sehr großer Teil der Schadensfälle verhindert worden wäre, wenn die Arbeitgeber mehr auf die Unfallverhütungsvorschriften halten und vor allen Dingen nur geschützte Maschinen in den Betrieb stellen würden.

Die acht technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaft prüften von 76 715 Betrieben 10 912. Wir haben schon mehr als einmal der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Betriebskontrollen viel öfter und auch regelmäßiger durchgeführt werden müssen. Diese Forderung ist um so berechtigter, wenn man feststellen muß, daß bei den 10 912 stattgefundenen Betriebskontrollen 26 930 Anordnungen getroffen werden mußten. Diese Anordnungen waren nötig, da von den Arbeitgebern in irgendeiner Weise gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoßen war oder sich sonstwie im Betriebe Mängel zeigten.

Wegen Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden vom Genossenschaftsvorstand auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten 61 Arbeitgeber mit Geldstrafen von insgesamt 8490 Mt. belegt. Das Strafmaß schwankt zwischen 10 und 100 Mt. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, wegen welcher Verstöße die Strafen verhängt worden sind.

Wie in früheren Jahren, so wurde auch im Berichtsjahre oft die verbotene Beschäftigung Jugendlicher an gefährlichen Maschinen festgestellt. In 252 Fällen mußte ein solches Vergehen gerügt werden. Insgesamt verunglückten allein an gefährlichen Maschinen 211 Versicherte unter 17 Jahren. Die Beschäftigung Jugendlicher an derartigen Maschinen kann nicht genug verurteilt werden. Die betreffenden Arbeitgeber mußten mit schweren Strafen belegt werden. Es gibt doch wahrlich genügend arbeitslose Gefellen, die sich freuen würden, Arbeit zu erhalten. Auch den Arbeitnehmern werden Vorhaltungen gemacht. Es heißt hierüber: „Auch im

Berichtsjahr ist darüber Klage zu führen, daß von Versicherten Schutzvorrichtungen entfernt und nicht wieder angebracht oder unbrauchbar gemacht worden sind. Von Seiten der Betriebsräte kann hier nicht genug für Aufklärung gesorgt werden. Der Arbeiter muß einsehen lernen, daß die Schutzvorrichtungen und Sicherheitseinrichtungen ausschließlich zu seinem Nutzen Verwendung finden, und daß man vom Betriebsunternehmer nur schwer die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften wird verlangen können, wenn sich der Versicherte über sie hinwegsetzt.“

Wir müssen auch diese Sätze unterstreichen. Zu untersuchen wäre jedoch, aus welchen Gründen von den Versicherten die Schutzvorrichtungen oftmals entfernt worden sind. Beschah es deshalb, weil sie unpraktisch sind, sei es vielleicht gar auf Verlangen der Meister oder sonstiger Vorgesetzter? Hat nicht vielleicht manchmal — zumal in Kleinbetrieben — die Arbeit gedrängt? Es wird jedoch auch von den Aufsichtsbeamten lobend anerkannt, daß die Versicherten im großen und ganzen Verständnis für die Schutzvorrichtungen haben; dies ist besonders bei den Betriebsräten der Fall.

**Am 18. Juli
ist der 30. Wochenbeitrag fällig**

Genau wie andere Genossenschaften, so führt auch die RSB. einen schweren und hartnäckigen Kampf mit den Maschinenherstellern darüber, daß nur geschützte Maschinen hergestellt bzw. verkauft werden. Daß dieser Kampf nicht leicht ist und auf große Schwierigkeiten stößt, geht aus dem Bericht mit aller Deutlichkeit hervor. Sehr viele Maschinenfabrikanten sträuben sich, ihre Maschinen von vornherein mit den nötigen und vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen herzustellen und zu liefern. Sie halten es vielfach für die Aufgabe des Abnehmers, den Schutz nachträglich auf seine eigenen Kosten anbringen zu lassen. Leider hat die Genossenschaft keine Handhabe hiergegen einzuschreiten.

Der Hoover-Plan in Kraft

Aufatmend begrüßte die ganze Welt die Nachricht über das Zustandekommen des Hoover-Planes. Die Wochen vor dem entgültigen Abschluß der Verhandlungen waren angefüllt mit einer hoffnungsvollen Spannung, die von Tag zu Tag stieg, die aber nicht verhinderte, daß die Situation, in der Deutschland sich befand, immer bedrohlicher wurde.

Die Ankündigung des Hoover-Planes hatte allen Erwartungen zum Trotz nur für ganz kurze Zeit die durch umfangreiche Kreditfördernngen äußerst kritische Lage Deutschlands zum Besseren gewendet. Als nämlich von Frankreich, wie es anfänglich schien, unüberwindliche Schwierigkeiten der sofortigen Durchführung des Hoover-Planes bereitet wurden, haben die Devisenverluste der Reichsbank wieder zugenommen. Nur ein sofort vom Ausland eingeräumter Kredit in Höhe von 400 Millionen Mark setzte die Reichsbank in die Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ohne daß die gesetzlich festgelegte Deckungsgrenze für das umlaufende Notengeld herabgesetzt zu werden brauchte.

Die langwierigen Verhandlungen mit Frankreich haben zu einer Einigung geführt. Das Ergebnis weicht nur unwesentlich von den Vorschlägen Hoovers ab. Die Hauptpunkte des Planes sind: Einstellung der Zahlungen, die die deutsche Regierung zu leisten hat, in der Zeit zwischen 1. Juli 1931 und 30. Juni 1932. Die von der Deutschen Reichsbank zu leistenden Zahlungen werden als Anleihe zurückerstattet und demgemäß verzinst. Die durch den Zahlungsausschub geschädigten Länder werden durch eine Aktion der zentralen Noteninstanz unter Beteiligung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich unterstützt werden. Die von Deutschland zu leistenden Sachleistungen sowie auch die noch nicht geregelten Fragen werden durch einen Sachverständigenausschuß geprüft und im Geiste des Hoover'schen Vorschlages geregelt werden.

Die Reichsregierung hat sofort nach dem Bekanntwerden der Einigung in einem Aufruf zu dem Hoover-Plan Stellung genommen. Darin heißt es u. a.:

„Das deutsche Volk ist sich darüber klar, daß die endgültige Durchführung des Hoover-Planes ihm, als dem schwerstbelasteten, die verhältnismäßig stärkste Erleichterung bringen wird. Die Einigung über das Feiertagsjahr konnte nur durch verständnisvolle Mitwirkung aller Beteiligten erreicht werden, von denen einige Staaten eine Bergföhierung eigener Schwierigkeiten und erhebliche Unbequemlichkeiten im Interesse der Gesamtlösung auf sich nehmen mußten.“

Der hoover'sche Bergzucht des amerikanischen Volkes hat jedoch ein begrenztes Echo ausgelöst. Wir erkennen dankbar an, daß in der Stunde schwerster

wirtschaftlicher Gefahr Deutschland dieses Verständnis für seine Lage gefunden hat. Deutschland ist auch nach Eintritt des Feiertages keineswegs seiner wirtschaftlichen und finanziellen Nöte überhoben. Es kann die ihm verbleibenden Mittel nicht benutzen, um die Opfer, die die Regierung der Bevölkerung hat zumuten müssen, bei aller Milderung gewisser Härten, herabzusetzen. Es darf nicht in seinen äußersten Anstrengungen zu sparen nachlassen. Die gesamten Erleichterungen, die der Plan Deutschland bringen wird, werden zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen restlos benötigt und verwendet werden; die hierdurch eintretende Erleichterung des Geld- und Kreditmarktes muß der deutschen Wirtschaft zugute kommen...“

„Das Hoover-Jahr soll der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und darüber hinaus der wirtschaftlichen Erholung der Welt dienen. Soll sich die Hoffnung verwirklichen, daß in der gekehrten Zeit dieses Ziel erreicht wird, so ist eine engere Zusammenarbeit der Völker erforderlich. Die nächsten Monate werden Gelegenheit zu einer solchen Zusammenarbeit bieten...“

Durch die nunmehr eingetretene psychologische und auch finanzielle Entspannung sind alle Gefahren, unter denen die Einstellung der Zahlung für Gehälter und Unterstützungen die größte gewesen ist, zurückgedrängt worden. Gänzlich beseitigt können sie aber nur werden, wenn das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland gewinnt. Die deutsche Wirtschaft hat den ersten Schritt zur Rückergangung des Vertrauens getan. 1000 bedeutende Firmen haben sich in einer gemeinsamen Erklärung für die Schaffung einer gemeinsamen Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark bereit erklärt. Dieses entschlossene Handeln soll und wird das entstandene Mißtrauen zur deutschen Wirtschaft beseitigen, auch selbst dann, wenn es nur aus purem Eigennutz geschehen sein sollte.

Neben dieser rein wirtschaftlichen Aktion ist es aber auch notwendig, auf politischem Gebiet geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Der täglich immer mehr um sich greifende innerdeutsche Kleinrieg, sowie Aufmärsche von krieglustigen Organisationen haben beinahe ebensoviel Schaden angerichtet wie die unkluge Taktik der Deutschen Volkspartei und einzelne zum Himmel schreiende Fehler der privaten Wirtschaft. Nur wenn mit fester Hand gegen die Urheber der innerpolitischen Unruhen vorgegangen wird und Aufmärsche, die der deutschen Außenpolitik schaden, ganz verboten werden, nur dann wird das volle Vertrauen zu Deutschland zurückkehren.

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft wird Maßnahmen mit diesem Ziel jederzeit Verständnis entgegenbringen.

Genossenschaften als Schrittmacher der Reaktion

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ überbietet sich jetzt in der Veröffentlichung von Artikeln, die für die Aufhebung der Nachtarbeit eintreten. Vor uns liegt Nr. 27, in der der Genossenschaftler J. Kupfer, Plauen, nachzuweisen versucht, wie das Nachtarbeitverbot nach den Berichten der sächsischen Aufsichtsbeamten nicht beachtet wird. Solche Zuschriften erscheinen des öfteren. Uns ist die Ansicht der Genossenschaften unverständlich, die daraus, weil in ländlichen Gebieten die Nachtarbeit nicht eingehalten wird, nunmehr mit großer Energie auf die Wiederzulassung der Nachtarbeit dringen. Unsere Organisation bemüht sich, seit Bestehen des Gesetzes durch die Betriebskontrollen dem Nachtarbeitverbot Geltung zu verschaffen. Viele tausende Bäckermeister wurden von unseren Vertrauensleuten zur Anzeige gebracht. Wir haben aber noch niemals gehört, daß sich auch Genossenschaftsführer bemühen, ihre Konkurrenz zur Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen zu veranlassen. Es steht also solchen Personen sehr schlecht an, die anderen die Arbeit überlassen und nachträglich sich aufs hohe Pferd setzen und darüber zu greinen, weil in den Zwergebetrieben die Schutzbestimmungen nicht beachtet werden. Viel weiter würden wir bestimmt sein, wenn wir in unserem harten Kampf um die Durchführung des Nachtarbeitverbots in allen Betrieben auch von der Leitung der Genossenschaften unterstützt worden wären. So aber wurde vom Zentralverband deutscher Konsumvereine seit Bestehen des Verbots der Nachtarbeit mit den schärfsten und oftmals nicht den besten Mitteln gegen die Kulturerrungenschaft angeknüpft. Jetzt sind sie wieder die ersten, die in ihrer Eingabe an den Reichsarbeitsminister die Freigabe der kontinuierlichen Arbeitszeit fordern. Wir können den Genossenschaften heute schon versichern, sie werden ihr blaues Wunder erleben und nicht eine Steigerung der Brotproduktion erreichen, bestimmt aber wird eintreten, weil aus Gründen der Selbsthilfe die Bäckermeister zur Uebertretung des Schutzgesetzes getrieben werden, daß man ihnen eine schwere Konkurrenz bereitet. Dafür können aber die Genossenschaften in Anspruch nehmen, die Bäckereiarbeiter wieder in die Kulturschanke der Nachtarbeit zurückgestoßen zu haben.

Die englische Arbeitslosenversicherung

In Großbritannien bildet die schwere Arbeitslosigkeit genau so wie in Deutschland das Kernproblem aller finanziellen Schwierigkeiten. Im Laufe der letzten Monate hat sich die Lage in England insoweit noch ganz erheblich zugespitzt, als gegen Ende des Winters so gut wie gar keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist. Man muß bei den englischen Erwerbslosenzahlen, die absolut weit unter den deutschen Ziffern liegen, berücksichtigen, daß Großbritannien nur eine Bevölkerung von etwa 45 gegenüber fast 63 Millionen in Deutschland hat. Demzufolge entsprechen also 2,6 Millionen Erwerbslose in England einer Arbeitslosigkeit von rund 4 Millionen in Deutschland. Nur unter Berücksichtigung dieser Bevölkerungsunterschiede läßt sich die tatsächlich schwere Belastung des englischen Staates durch die anhaltende Erwerbslosigkeit erfassen.

Was in der englischen Öffentlichkeit in den letzten Monaten besondere Unruhe hervorgerufen hat, ist die Tatsache, daß in Deutschland die Entlastung des Arbeitsmarktes seit Mitte März fast immerhin 20 Prozent, während sich in Großbritannien selbst überhaupt keine Besserung durchsetzen konnte. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes seit Mitte März stellt sich folgendermaßen:

	Deutschland	England
Mitte März . . .	rund 5,0	2,63 Mill. Erwerbslose
Anfang Mai . . .	rund 4,41	2,52 „
Mitte Juni . . .	rund 4,0	2,62 „

Man sieht, daß in England seit Anfang Mai die Erwerbslosenflut wieder im Steigen begriffen ist und ein Zuwachs von rund 100 000 neuen Arbeitsuchenden in der Hochsaison des Jahres zu verzeichnen ist. Bei dieser katastrophalen Lage ist die Stellung der Arbeiterregierung, die sich mit einer grundlegenden Reform der Arbeitslosenversicherung zu befassen hat, natürlich bedeutend schwieriger geworden.

Der vor kurzem veröffentlichte Vorbericht der Untersuchungskommission zur Reform der Arbeitslosenversicherung (Gregory-Kommission) ließ deutlich erkennen, welche sozialreaktionären Kräfte auch in England tätig sind, um die ganze Last der Wirtschaftskrise auf die Schultern der erwerbstätigen Massen abzuwälzen. Die Kommission ging bei ihrer Untersuchung von der Feststellung aus, daß man in England mit einer Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen — also annähernd 4 Millionen in Deutschland — für den Jahresdurch-

schnitt 1931 rechnen müsse. Bei einer derartigen Erwerbslosigkeit müsste die Versicherung mit einer Jahresausgabe von 1,68 Milliarden Mark rechnen, denen nur 900 Millionen Mark an Einnahmen gegenüberstehen. Da die englische Versicherungsanstalt nur zu einer Kreditaufnahme bis zu 1,8 Milliarden Mark ermächtigt ist, und die Verschuldung Ende Mai bereits 1,64 Milliarden Mark betrug, besteht nur noch Bewegungsfreiheit für Anleihen bis zu 160 Millionen Mark. Die Kommission hat nun zur Sanierung Vorschläge gemacht, wie sie jedem deutschen Arbeiter und Erwerbslosen nur zu gut bekannt sind. Man möchte glauben, daß die Vertreter des deutschen Reichsarbeitsministeriums und die englischen Sachverständigen an einem Tisch gesessen haben. Die Kommission schlägt vor: 1. Begrenzung der Unterstützungsfristen bis auf 26 Wochen, wodurch jedoch keine tatsächlichen Ersparnisse gemacht werden, da sich in dem entsprechenden Maße die englischen Staatszuschüsse für die Krisenfürsorge erhöhen müßten, 2. kräftige Heraushebung der Beiträge des Arbeiters von 56 auf 72 Pfennig die Woche — eine Lohnklassenstaffelung kennt die englische Versicherung nicht — dagegen eine geringere Steigerung der Unternehmerbeiträge, nämlich von 64 auf 72 Pfennig, und 3. Kürzung der Unterstützungsätze, die ebenfalls einheitlich und nicht nach Lohnklassen gezahlt werden, im Durchschnitt um rund 10 Proz.

Diese Vorschläge haben bei den Gewerkschaften natürlich stärksten Widerstand hervorgerufen, und der Generalkonferenz der Trade Unions hat der Regierung ein Gegenprojekt vorgelegt, das sogar 25 Proz. höhere Unterstützungen vorsah und die Aufbringung der gesamten Unterstützungssummen durch den Staat forderte. Zur Durchführung dieses Projektes sollten Sonderzuschüsse zur Einkommensteuer festgesetzt werden.

Der Vorschlag der Gregory-Kommission wurde angesichts des scharfen Widerstands der Gewerkschaften vom Labour-Kabinet abgelehnt; das Projekt der Trade Unions scheiterte an den Einwänden des englischen Schatzamtes. Das Kabinet Macdonald hat sich jetzt entschlossen, eine eng begrenzte Reform in den nächsten Tagen vor das Parlament zu bringen. Die Reformvorschläge der Regierung zielen im wesentlichen darauf ab, offensichtliche Mißstände zu beseitigen. Ein zu diesem Zweck ernannter Beirat soll für bestimmte Arbeiterkategorien und Personenkreise Sonderklauseln bei den Unterstützungsansprüchen festsetzen können. Auch die Saisonarbeiter sollen unter diese Sonderregelung fallen.

Die endgültige Sanierung der Arbeitslosenversicherung wird die englische Arbeiterregierung noch vor schwerwiegende politische und finanzielle Entscheidungen stellen.

Amerika ging den anderen Weg

Die „Boschische Zeitung“ vom 19. Juni bringt einen Bericht ihres New-Yorker Berichterstatters, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten können. Dieser Artikel ist mit folgendem Motto versehen: Ex-Präsident Coolidge: „Daß der Lohnempfänger in Zeiten der Depression eine bevorzugte Stellung einnimmt, ist anerkanntes Prinzip.“ Es wird dann folgendes ausgeführt:

In Winter 1929 hatte Präsident Hoover zweiundzwanzig Wirtschaftsführer zusammenberufen, um ihnen das feierliche Versprechen abzunehmen, keine Lohnsenkungen einzuleiten. Die Regierung steht noch jetzt unverändert auf dem Standpunkt, daß die Beibehaltung der Vorkrisenlohnsätze eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung sei, unbeschadet der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten inzwischen um 15 bis 25 Proz. gesunken sind. Und die großindustriellen Unternehmungen, wie United States Steel, General Electric, General Motors, American Telephone and Telegraph Company, die Eisenbahngesellschaften und die Public Utilities halten sich an dieses Versprechen gebunden. Lohnsenkungen sind tabu, wer sie riskiert, läuft Gefahr, als nationaler Verräter gebrandmarkt zu werden. Noch vor einer Woche geschah es, daß ein Bundes Senator das Kriegsministerium aufforderte, der größten Flugzeugfabrik Amerikas die Lieferungsverträge zu entziehen, weil sie die Löhne herabgesetzt hatte. Henry Ford erklärte unumwunden, daß er keiner Firma, die Löhne vergrößert, Aufträge für die Ford Motor Company erteilen werde. Die Bahngesellschaften, die bereits am Weißbluten sind, haben bei der Interstate Commerce Commission den sehr bedenklichen Antrag auf Erhöhung der Frachtraten gestellt, um sich weiterhin solvent zu halten. Sie haben nicht gewagt, eine Herabsetzung der Löhne zu fordern, Löhne, die nicht nur außer allem Verhältnis zum Kapitalertrag der Eisenbahnen stehen, sondern auch zu den um 25 Prozent niedrigeren Lohnsätzen der Großindustrie.

Die deutsche Regierung hat das Gegenteil getan. Unter ihrer Mitwirkung sind die Löhne gesenkt worden, mit dem Erfolg, daß der innerdeutsche Konsum stark nachgelassen hat und dadurch die Arbeitslosigkeit vergrößerte. Erst neuerdings beginnt es langsam zu dümmern und man sieht ein, daß Lohnsenkungen nicht das Allheilmittel sind.

Die Forderungen der IUL.

Wir bringen nachstehend die in Entschliessungen niedergelegten Forderungen der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter zu der Frage des Nachtbrotverbotes, zur Frage des Kost- und Logiszwanges und zur Lastenfrage zum Ausdruck. Diese Entschliessungen wurden auf dem in Prag tagenden 5. Kongress einstimmig angenommen.

Zur Frage des Nachtbrotverbotes in den Bäckereien.

Der 5. Kongress der IUL. stellt fest, daß das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien seit dem 4. Kongress der IUL. 1928 in Wien, in einer Reihe weiterer Staaten Gesetzeskraft erlangt hat. Zur Zeit ist die Nachtarbeit in den Bäckereien in 24 Staaten ganz, in drei weiteren für einzelne Gebietsteile gesetzlich verboten. Die hier gemachten Fortschritte beweisen, daß das Verbot der Nachtarbeit immer mehr Anhänger findet.

Der 5. Kongress spricht sein Bestreben aus, daß die von der Internationalen Arbeitskonferenz beschlossene Konvention zur Sicherung des Verbotes der Nachtarbeit noch nicht von allen dem Völkerbunde angeschlossenen Staaten ratifiziert wurde.

Infolge dieser Tatsache machen sich in den Ländern, wo das gesetzliche Verbot besteht, erneute Anstürme aus dem Unternehmerlager zur Wiedereinführung der Nachtarbeit bemerkbar, dadurch wird die Gefahr heraufbeschworen, daß die große Kulturerrungenschaft wieder beseitigt wird und die Bäckerarbeiter zur ständigen Nachtarbeit verdammt werden. Mit größerer Energie müssen die Landesorganisationen alles unternehmen, um die Regierungen zur Ratifikation zu veranlassen.

Der 5. Kongress weist darauf hin, daß das Bestreben aller jener Kreise, die auf eine Früherlegung des Arbeitsbeginnes vor 6 Uhr morgens oder auf die Einführung des Dreischichtenbetriebes gerichtet ist, allgemein die Einführung der Nachtarbeit zur Folge hat. Der 5. Kongress erinnert daran, daß die Einführung der Nachtarbeit aus Konkurrenzgründen erfolgte. Jede Schaffung von Ungleichheiten, die es der einen oder anderen Betriebsart ermöglichen, die Bäderzeugnisse früher herzustellen, führt auf Grund all der bisherigen Erfahrungen, die die Bäckerarbeiter machen mußten, zu der Einführung der Nachtarbeit auf der ganzen Linie. Jener Zustand, der Jahrhunderte lang die im Bäckergewerbe Beschäftigten von der übrigen Menschheit absonderte und sie zu einer Arbeitsweise verurteilte, die mit den normalen Funktionen des menschlichen Körpers in einem direkten Gegensatz stand, würde wieder eintreten.

Die Argumente der Anhänger der Nachtarbeit, daß durch den Dreischichtenbetrieb der Brotpreis gesenkt werden kann, sind wiederholt widerlegt worden, da bei der Nachtarbeit sich die Produktionskosten erhöhen.

Der Kongress fordert die Bäckerarbeiter der Welt auf, die Errungenschaft der Tagarbeit unter keinen Umständen preiszugeben. An alle Gesellschaftsschichten, die die Volksgesundheit nackten Profitinteressen voranstellen, richtet der 5. Kongress das Ersuchen, die Bäckerarbeiter in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen. Der 5. Kongress sichert gleich den früheren Kongressen der IUL. allen jenen Organisationen, die wegen der Erhaltung oder Erämpfung des Nachtbrotverbotes gewerkschaftliche Kämpfe zu bestehen haben, die moralische und finanzielle Hilfe der in der IUL. vereinigten Arbeiterschaft der Lebens- und Genussmittelindustrie zu.

Zur Frage des Kost- und Logiszwanges.

Der 5. Kongress der IUL. stellt fest, daß in einer Reihe von Ländern immer noch der Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber in vielen Branchen der Lebens- und Genussmittelberufe besteht. Die Schuld an diesem unwürdigen Arbeitsverhältnis liegt vielfach am Fehlen gesetzlicher Vorschriften, die den Arbeitern einen wirksamen Schutz und geregelte Arbeitsverhältnisse verschaffen würden.

Der Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber raubt dem Arbeiter die Unabhängigkeit vom Unternehmer auch in der Zeit außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit. Durch die Möglichkeit der Kontrolle der Arbeiter auch während ihrer Freizeit wird die Ausübung des Koalitionsrechtes des Arbeiters erschwert und dieser in der freien Geltendmachung seiner Interessen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nachteilig behindert.

Durch das Kost- und Logisssystem wird die richtige Durchführung einer Kontrolle über die von Staat und Gemeinden erlassenen oder tarifvertraglich vereinbarten Schutzbestimmungen für die Beschäftigten in den Branchen der Lebens- und Genussmittelberufe unmöglich gemacht. Die Befolgung der Vorschriften über die Betriebseinrichtungen, die den Konsumenten Gewähr bieten sollen für sanitär einwandfreie Zubereitung der Lebens- und Genussmittel, ist unkontrollierbar.

Mit dem Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber sind sehr häufig aber auch schlechte Wohnverhältnisse für die Arbeiter verbunden. Die Gründung einer eigenen Familie ist ihnen verwehrt, wenn sie nicht auf die Ausübung ihres gelernten Berufes verzichten wollen. Moralische und gesundheitliche Schäden be-

drohen die unter dem Kost- und Logiszwang angestellten Arbeiter.

Der 5. Kongress der IUL. verlangt die Beseitigung des unwürdigen Kost- und Logiszwanges durch den Erlass entsprechender gesetzlicher Vorschriften und die Durchführung einer strengen Kontrolle in allen Ländern. Der Kongress fordert alle Lebensmittelarbeiterverbände auf, den Kampf gegen dieses Arbeitssystem durch das Mittel der Gesetzgebung und tarifvertraglicher Vereinbarungen energisch zu führen.

Lastenfrage.

Die Vertreter der Unternehmer im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes haben gleich einem Teil der Vertreter der Regierungen die Aufnahme des Verbotes des Tragens von Lasten über 75 Kilogramm auf die Geschäftsliste der Internationalen Arbeitskonferenzen seit Jahren abgelehnt. Sie haben durch ihr Verhalten an ihrer Stelle mitgeholfen, daß Tausende von Arbeitern unter einer dem Stande der Zivilisation unwürdigen Arbeitsweise, die viele zu Krüppeln werden läßt, ihre Existenz fristen müssen. Der 5. Kongress der IUL. verurteilt die Handlungsweise dieser Vertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes.

An den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes richtet der 5. Kongress das Ersuchen, an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes das Verlangen zu stellen, die Lastenfrage zum Gegenstand der Beratungen der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1933 zu machen.

An die Vorstände der angeschlossenen Organisationen, soweit diese mit der Lastenfrage zu tun haben, richtet der 5. Kongress der IUL. die Aufforderung, im Rahmen der nationalen Gesetzgebung ein Verbot für die standardisierten Traglasten über 75 Kilogramm, soweit diese im internen Verkehr gebräuchlich sind, zu erwirken.

Internationaler Bäckermeisterkongress

Vom 27. bis 31. Mai tagte in Budapest ein Internationaler Kongress der Bäckermeister, der von über 1200 Personen von 25 Nationen besucht war. Die Vertreter aus Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Frankreich und Italien waren in ständiger Zahl erschienen. Außerdem waren Vertreter aus Polen, Schweiz, Schweden, Dänemark, Holland und Jugoslawien anwesend. Beranlaßt wurde der Kongress von einem Herrn Steiner, der in Budapest eine eigenartige Rolle spielt. Er gibt eine Bäckermeister-Zeitung im eigenen Verlag heraus, schimpft sich Präsident einer Bäckermeisterorganisation, die nur in den Landorten Mitglieder aufweist und steht nicht in besonders hohem Ansehen in Budapest. Steiner ist uns auch bekannt als ein Anhänger der Nachtarbeit. Er mußte aber, daß sich die Vertreter aus Deutschland konsequent gegen die Wiederzulassung der Nachtarbeit stellen. Daher hat er seinen früheren Grundsatze verleugnet und in der zur internationalen Tagung herausgegebenen Zeitung unter anderem die Programmforderung „Verhinderung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe“ aufgestellt.

Von den Vertretern aus Deutschland wurde die Tagesordnung bestritten. Der Präsident des „Germania“-Verbandes, Grüner, Berlin, eröffnete die Tagung und wünschte, in gemeinsamen beruflichen und wirtschaftlichen Fragen möge ein friedlicher Gedankenaustausch erfolgen. In allen Staaten werde das Brot durch Zölle und sonstige agrarpolitische Maßnahmen verteuert und das Bäckergewerbe sei der Preisbock dieser Politik. Unbedingt müsse die Einführung der Nachtarbeit verhindert und angestrebt werden, daß die Nachtarbeit in allen Ländern durch Gesetz verboten wird. Die Arbeitslosigkeit treffe das Gewerbe besonders schwer, denn der Mensch werde zu sehr der Maschine untergeordnet und durch sie ausgeschaltet. Das auf der Tagung vorwiegend vertretene Bäckereileingewerbe stehe mit seiner hohen Zahl guter Facharbeiter immer noch im Vordergrund der Produktion. Daher müsse die fachliche Ausbildung gefördert werden, wobei auch der Austausch von Arbeitskräften zu beachten ist.

Das einzige Referat der Tagung hielt Dr. Springfeld, Berlin, Syndikus des „Germania“-Verbandes, über „Auswirkungen der Agrarmaßnahmen in den einzelnen Ländern“. Er betonte, daß in der Getreidewirtschaft überall der gesteigerten Produktion ein stark verminderter Verbrauch gegenüberstehe. Er ging auf die Maßnahmen der einzelnen Regierungen, die der Getreidewirtschaft helfen sollen, ein und betonte, daß die Brothersteller besonders stark betroffen würden durch Zölle, Monopole, Vermahlungszwang und Brotgesetz. Scharf kritisierte der Redner die Anordnungen der faschistischen Regierung in Italien, die geradezu gewerbefeindlich seien. Sofort meldete sich der italienische Delegierte Luraschi, ein alter bekannter Reaktionär, der schon früher versuchte, eine Internationale der Bäckermeister ins Leben zu rufen, um mit ihr die Genfer Konvention zu beseitigen. Natürlich mußte dieser Italien verteidigen, sonst würde es ihm schlecht ergangen sein, wenn er wieder nach Mailand zurückgekehrt wäre. Der Referent ging weiter auf die Kämpfe um den Brotpreis, die in

lehter Zeit in einzelnen Staaten geföhrt wurden, ein und stellte zum Schluß die Forderung auf, Bäckermeistervertreter in die Agrarkommission des Völkerbundes zu entsenden.

Einstimmig wurde beschlossen, eine Internationale Vereinigung der Bäckermeister zu gründen (Union international de la boulangerie patronal). Zum Vorsitzenden wurde der Präsident des „Germania“-Verbandes, Gröber, Berlin, zum Vizepräsidenten Bériet, Paris, und Giles, Wien, gewählt. Sitz der Union ist Bern. In den Gesamtvorstand entsendet jedes Land einen Vertreter. Mitglieder der Union sind die Spitzenverbände des Bäckerhandwerks der verschiedenen Länder. Sie haben alljährlich über die Lage des Bäckergewerbes in ihrem Lande zu berichten. Nach einer deutschen Mitteilung über den Zweck dieser Organisation heißt es, die Vereinigung bezweckt den internationalen Zusammenschluß der Bäckermeister-Verbände und Wahrung der Interessen dieses Berufsstandes auf internationalem Boden.

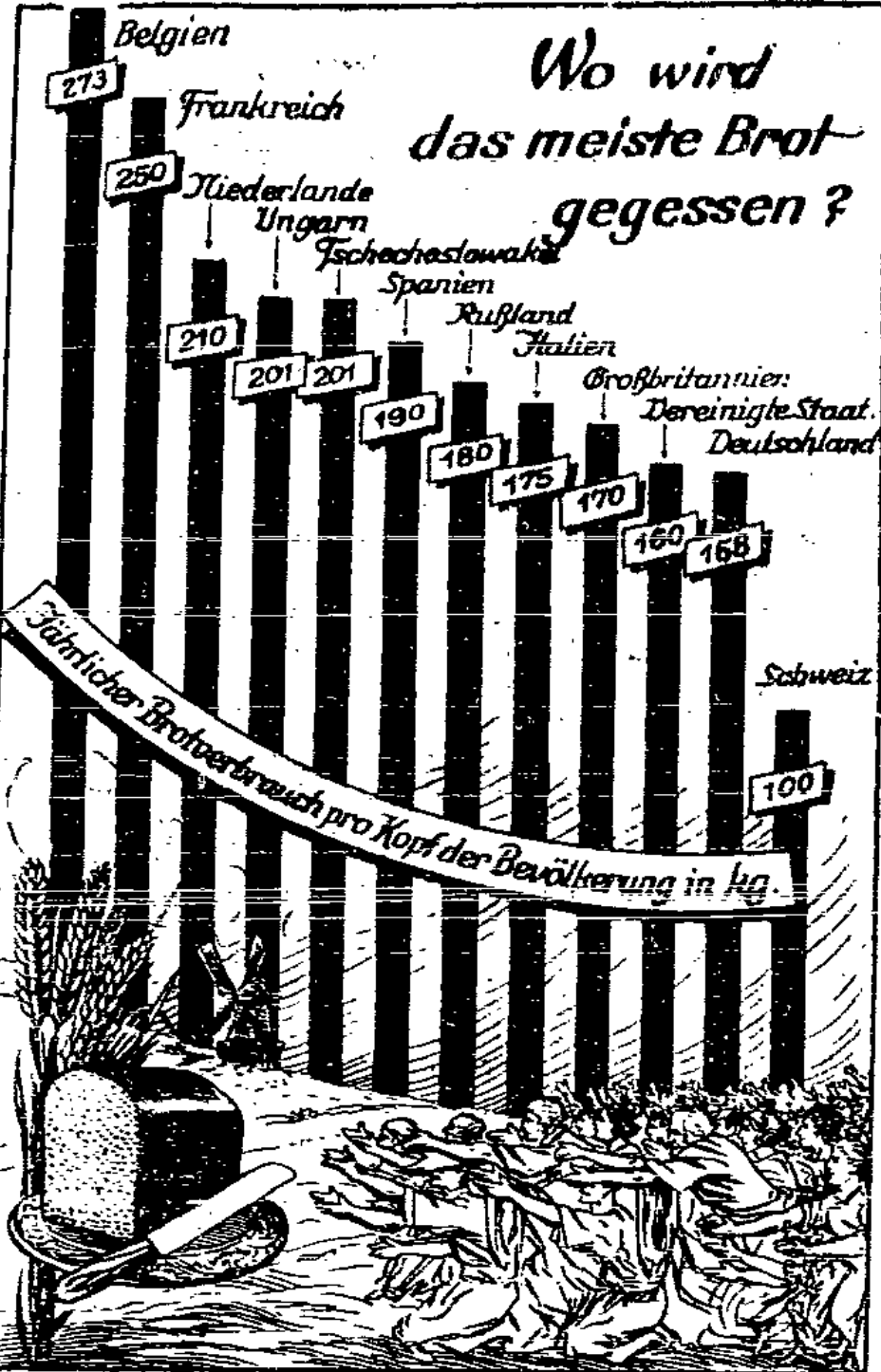
Versuche zur Gründung einer Internationalen Bäckermeister-Vereinigung wurde des öfteren unternommen. Zustande gekommen ist jedoch eine solche Organisation nicht. Mag sein, daß jetzt Gröber mit der Leitung betraut wurde, daß der neuen Vereinigung nicht so schnell das Lebenslicht ausgeblasen wird. Wir werden trotz der harmlosen Erklärung über den Zweck der Vereinigung die Bestrebungen der Bäckermeister-Internationale beobachten.

Krankenversicherung Arbeitsloser

Ueber die Frage der Krankenversicherung Arbeitsloser ist an dieser Stelle schon mehrfach berichtet worden. Es tauchen jedoch in der Praxis immer wieder Meinungsverschiedenheiten und Zweifelsfragen auf, so daß es angebracht erscheint, auf diese Dinge nochmals kurz einzugehen. Nach den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist der Arbeitslose während des Bezuges von Hauptunterstützung gegen Krankheit pflichtversichert. Dieser Wortlaut führt dazu, daß in den Zeiten, in denen der Arbeitslose aus irgendeinem Grunde keine Arbeitslosenunterstützung erhält, eine Krankenversicherung nicht besteht. Er ist also beispielsweise während der sogenannten Wartezeit oder während des Laufes einer etwa verhängten Sperrfrist nicht gegen Krankheit versichert. Dauert die Sperrfrist längere Zeit, so ist dem Arbeitslosen dringend zu raten, sich während derselben bei seiner Krankenkasse freiwillig weiter zu versichern. Als Krankengeld erhält der Versicherte, falls er arbeitsunfähig erkrankt, den Betrag, den er als Unterstützung erhielt, wenn er nicht erkrankt wäre. Bezahlt wird nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes der jeweilige Betrag des Unterstützungsjahres. Dies heißt, daß das Krankengeld nicht fest bleibt, sondern daß es sich während des Krankheitsfalles ändern kann (nach unten oder auch nach oben), wenn sich die Unterstützung ändern würde. Die übrigen Barleistungen der Krankenkasse richten sich nicht nach dem Unterstützungssatz des Arbeitslosen, sondern nach dem Einheitslohn, in welchem er in der Arbeitslosenversicherung eingestuft ist. Als Grundlohn für die Berechnung der Kassenleistungen gilt dabei ein Zehntel des wöchentlichen Einheitslohnes. Die bekannte Notverordnung des vorigen Jahres hat nun eine Bestimmung dergestalt gebracht, daß auf

die Unterstützung eines verheirateten Arbeitslosen das Einkommen des Ehegatten angerechnet wird, sofern es 35,— Mark die Woche übersteigt. Diese Anrechnung unterbleibt dann, wenn dem Arbeitslosen Familienzuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden. Hat beispielsweise eine arbeitslose Ehefrau Anspruch auf 12,— Mark Unterstützung wöchentlich,

so erhält sie 2,— Mark, wenn ihr Ehemann 45,— Mark in der Woche verdient. Hat der Ehemann einen noch höheren Arbeitsverdienst, so erhält die Frau überhaupt keine Unterstützung. Nach der allgemeinen Rechtsauffassung ist jedoch die Frau auch während dieser Zeit, in der sie infolge der Verdienstanrechnung ihres Ehemannes keine Unterstützung erhält, gegen Krankheit zu versichern. Erhält die Ehefrau infolge dieser Anrechnung nur eine verminderte Unterstützung, so muß die Krankenversicherung gleichwohl nach dem vollen Einheitslohn erfolgen.



Seit die Menschen der Vorzeit in eine höhere Entwicklungsstufe kamen, lebten sie nicht mehr nur von den Früchten des Waldes und Feldes und der Beute von Jagd und Fischfang. Sie schufen sich Brot, das seit Jahrtausenden das wichtigste Nahrungsmittel der Kulturvölker blieb. Bereits Phönizier und Ägypter kannten die Handmühlen für Brotgetreide und im alten Rom gab es schon öffentliche Bäckereien. Heute ist der Verbrauch von Brot ein hoher, und doch, wie unsere Bildstatistik zeigt, in den einzelnen Ländern durchaus verschieden. Am meisten Brot wird in Belgien und Frankreich konsumiert, während in Deutschland mehr Kartoffeln und in der Schweiz mehr Milch und Milchprodukte verzehrt werden. Die Brotbäckereien, die Gärungs- und Gärungsvorgänge, die Verwendung leistungsfähiger Hilfsapparate, heute in den meisten Ländern hoch entwickelt, hat ja aus dem einfachen Handwerk vielfach eine Großindustrie entstehen lassen.

Die Lage der Brauindustrie unverändert

Bisher hat der Wiedereintritt der wärmeren Jahreszeit nicht nur von der allgemeinen Wirtschaftslage aus betrachtet enttäuscht, sondern vielmehr noch in Hinblick auf die Erwartungen, die die Brau- und Mineralwasserindustrie an diesen Teil des Jahres stellt. Während die Mineralwasserindustrie einen Absatzrückgang von 35 bis 50 Proz. festgestellt hat, wird aus der Brauindustrie ein 20- bis 30prozentiger Absatzrückgang auch für die Monate April bis Juni gemeldet.

Der Deutsche Brauerbund hat erneut in seiner Sitzung am 25. Juni auf die Lage der Brauindustrie hingewiesen und zum Ausdruck gebracht:

„Das laufende Geschäftsjahr ist für die Brauindustrie ein Jahr schwerer Enttäuschungen. Infolge der Uebersteigerung der Reichs- und Gemeindefiskussteuer ist der Absatz in den letzten Monaten um 25 bis 30 Proz. zurückgegangen. Dies bedeutet eine schwere Erschütterung der Rentabilität der Brauereien, so daß mit einem Rückgang der Dividenden zu rechnen sein wird; ein Umstand, der in den überstürzten Kursrückgängen der letzten Zeit bereits zum Ausdruck gekommen ist. Das Fiasco der letztjährigen Steuerpolitik kann nicht besser illustriert werden als durch die Tatsache, daß eine fast 50prozentige Erhöhung der Reichsbiersteuer infolge des Absatzrückganges einen kaum 15prozentigen Mehrertrag erbracht hat, der sich nach den bisher vorliegenden Absatzziffern im laufenden Jahre in einen Minderertrag verwandeln wird.“

Nur wenn die übersteigerten Steuern auf ein erträgliches Maß gesenkt werden, kann die Entwicklung der Brauindustrie einen neuen Auftrieb erhalten mit der Folge, daß das höchstmögliche Aufkommen an Reichs- und Gemeindefiskussteuern erzielt wird. Hartnäckiges Festhalten an den gegenwärtigen überhöhten Steuerfüßen muß sich in einem weiteren Rückgang des Bierabzuges und der Steuereinnahmen auswirken.“

Unter diesem verminderten Absatz hat aber besonders stark die Brauereiarbeiterschaft zu leiden. Ihr wird durch Entlassungen Lohnabbau und Kurzarbeit der größte Teil der entstehenden Lasten aufgebürdet. Vielfach ist sogar zu beobachten, daß Betriebe Entlassungen vorgenommen haben, ohne daß eine Notwendigkeit vorlag. Diese Tatsache, die fast immer eine erhöhte Ausbeutung der im Betrieb verbleibenden Arbeitskräfte nach sich zieht, ist zumeist auf eine unangebrachte Nervosität der Unternehmer zurückzuführen.

Der „Schutz“ der Lebensmittelarbeiter in der Vorkriegszeit

Reichstags Erinnerung vor 40 Jahren.
I.
Am 4. März 1896 wurde durch eine Bundesratsverordnung für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien eine tägliche Maximalarbeitszeit von 12 Stunden festgesetzt. Ueber die Vorgänge, die zu dieser Verordnung führten, lassen wir die Reden der sozialdemokratischen Führer Bebel und Kollmann, des Zentrumsabgeordneten Dr. Hitze und des Regierungsvertreters nach dem stenographischen Bericht folgen.

In der 42. Sitzung des Reichstags am 6. Februar 1894 führte Abgeordneter Bebel aus:

Die Kommission für Arbeiterstatistik hat unzweifelhaft bisher sehr fleißig gearbeitet. Es sind uns eine Reihe von Berichten zugegangen, aus denen zu ersehen ist, wie die Lage der Arbeiter in den betreffenden Gewerben sich stellt, über die die Statistiken aufgenommen wurden. Bis jetzt sind uns Berichte zugegangen über die Lage der

Bäcker

der Kaufleute, neuerdings auch der Müller. Wahrscheinlich werden in der nächsten Zeit solche über die Lage der Kellner und Kellnerinnen uns zugehen. So viel aus den Berichten zu ersehen ist, ist die Arbeitszeit in den betreffenden Gewerben durchschnittlich eine ganz außerordentlich hohe. Ich spreche daher die Erwartung aus, daß der Bundesrat, sobald ihm das Material endgültig vorgelegt ist, Veranlassung nehmen wird, von dem § 120. Abs. 3 Gebrauch zu machen und

für die betreffenden Gewerbe eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, also den Normalarbeitstag, einzuföhren.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich anfragen, ob der Bundesrat nicht gewillt ist, weitere Untersuchungen anzustellen nicht bloß über die Arbeitszeit in den einzelnen Gewerben, sondern auch über den Zustand der Arbeits- und Wohnräume. Die hierfür in Frage kommenden Gewerbe sind sämtlich solche, die der

Lebensmittelbranche

angehören; es sind weiter solche, bei denen die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Regel im Hause des Arbeitgebers wohnen und beschäftigt werden. Da stellt sich nun das ganz Eigentümliche heraus, daß gerade in diesen der Lebensmittelbranche angehörenden Gewerben die Zustände in bezug auf Arbeits- und Wohnräume die allertraurigsten und schlechtesten sind.

Ich habe schon einmal vor Jahren auf dem Gebiete der

Bäckerei

eine Privatuntersuchung veranstaltet und in der darüber veröffentlichten Schrift eine Reihe von Mitteilungen über die Zustände in unseren Bäckereien gemacht. Die dort zutage getretenen Verhältnisse sind zum Teil geradezu schauderhafter Natur, solcher Art, daß, wenn sie der weiteren Öffentlichkeit bekannt wären, weite Kreise der Bevölkerung einen lebhaften Ekel empfinden müßten gegen das alltägliche Nahrungsmittel, das zum Teil in Räumen bereitet wird, die aller Reinlichkeit und allen sanitären Maßregeln hohn sprechen. Daß in den von mir veröffentlichten Mitteilungen keinerlei Uebertreibungen enthalten sind, beweist die Tatsache, daß, soweit einzelne städtische Behörden, veranlaßt durch die Veröffentlichung meiner Schrift, Gelegenheit nahmen, ihrerseits

Untersuchungen anzustellen, meine Mitteilungen nicht nur vollständig bewahrheitet, sondern als teilweise hinter der Wahrheit zurückstehend sich herausgestellt haben. Nun sind neuerdings aus der Mitte der betreffenden Gewerbe heraus, z. B. von den Dresdener und Münchener Bäckergehilfen, Veröffentlichungen über die sanitären Zustände in ihrem Gewerbe erfolgt, die alles weit hinter sich lassen, was man für möglich halten sollte — ich will ausdrücklich hervorheben, daß das selbstverständlich nur von einem Teil der Untersuchungen gilt —, daß die Arbeits- und Wohnräume für die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen oft aller Kultur hohn sprechen. Aber es scheint mir, daß unsere Polizeibehörden in Deutschland, wie es eigentlich ihre Pflicht wäre, wenig Veranlassung genommen haben, die nötigen Untersuchungen anzustellen und darauf zu dringen, diese Mißstände abzustellen.

Ich möchte daher an den Bundesrat und speziell an den Herrn Staatssekretär das Ersuchen richten, daß der Bundesrat einmal Veranlassung nehme, im ganzen Deutschen Reich von Polizei wegen Untersuchungen zu veranstalten, um dann in Verbindung mit den Einzelregierungen entsprechende Maßnahmen zu treffen. Ich bin überzeugt, es werden Dinge zutage kommen, von denen unsere Staatsweisen sich nichts träumen lassen, und deren Beseitigung dringend notwendig ist.

Ich glaube, daß ganz oder annähernd ähnliche Zustände im

Fleischergewerbe

existieren dürften. Nach dem, was ich von Arbeitern dieses Gewerbes gehört habe, sind Arbeits- und Wohnräume oft die schlechtesten, und manchmal sollen die Arbeitsräume auch Wohnräume sein und umgekehrt. Ferner gelten in der Fleischerei oft Arbeitszeiten, die vollkommen an die in der Bäckerei heranreichen. Die Arbeit beginnt

führen. Sie empfinden es als untragbar, daß nach einer Reihe sehr guter Jahre jetzt auf einmal eine Zeit kommt, die von ihnen verlangt, zu zeigen, was sie können. So wie bisher den ungünstigen Verhältnissen von den Brauindustriellen entgegengetreten wurde, offenbart sich nichts anderes als ein nicht gerade mutiges Zurückweichen und ein Abwälzen der entscheidenden Unannehmlichkeiten auf die Arbeiterschaft. Wollte die Arbeiterschaft ebenso nervös und überreizt handeln, die ihr auferlegten Lasten würden dies verständlich erscheinen lassen, so würde die deutsche Wirtschaft nur noch ein Trümmerhaufen sein. Es dürfte dem Brauerbund nur zur Ehre gereichen, wenn er auch dies einmal gebührend charakterisieren würde, anstatt regelmäßig die Angst um die Dwindenden zum Ausdruck zu bringen.

Das Alter der berufstätigen Brauer und Mälzer

Bei der im Jahre 1925 durchgeführten Betriebs- und Berufszählung, deren Hauptergebnisse aus der Nahrungs- und Genussmittelindustrie durch uns in einer besonderen Broschüre zusammengefaßt wurden, wurde auch das Alter der Berufsangehörigen festgestellt. Erst jetzt, also 6 Jahre nach der Erhebung, werden Einzelheiten über die Altersgliederung in den einzelnen Berufen bekannt. Die Angaben über das Alter der Brauer und Mälzer entnehmen wir der Tageszeitung für Brauerei, die in ihrer Veröffentlichung mit Recht feststellt, daß in einer Zeit wie der unserigen, in der sich der berufliche Stand der Bevölkerung infolge der großen Verschiebungen und Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt beinahe von Tag zu Tag ändert, manche Einzelheit aus der Erhebung nicht mehr zutrifft. Das kann aber die Zahlen von 1925 nicht wertlos machen, denn solange keine neue Erhebung stattgefunden hat und deren Ergebnisse aufbereitet vorliegen, müssen alle Erörterungen über die beruflichen und anderen Seiten des deutschen Volkes auf sie zurückgreifen.

Insgesamt wurden durch die Berufszählung 15 769 Brauer und 1646 Mälzer als Arbeitnehmer ermittelt. Auf Bayern allein entfallen von den Brauern 37,4 Proz., bei den Mälzern 48,5 Proz. Die Alterszusammensetzung ist in den beiden Berufsgruppen nicht einheitlich. Während bei den Brauern 8,3 Proz. unter 20 Jahre alt sind, sind es bei den Mälzern nur 3,7 Proz. Die Altersgruppen zwischen 20 und 50 Jahren differieren nur wenig. Der Anteil der mehr als 50jährigen Brauer beträgt 27 Proz., während er bei den Mälzern mehr als 34 Proz. beträgt. Ebenso große Differenzen sind hinsichtlich des Familienstandes festzustellen. Bei den Brauern ist ein Drittel ledig und zwei Drittel sind verheiratet. Bei den Mälzern ist noch nicht ganz ein Fünftel ledig, während nahezu vier Fünftel verheiratet sind. Der Rest ist geschieden oder vermitwet.

Die hier wiedergegebenen Ergebnisse der Berufszählung bestätigen die Vermutung, daß der gelernte Brauer immer mehr durch den ungelerten Arbeiter ersetzt wird. Bereits die nächste Zählung wird die endgültige Bestätigung bringen. Der niedrige Prozentsatz der jugendlichen Brauer und Mälzer ist das sicherste Zeichen dafür.

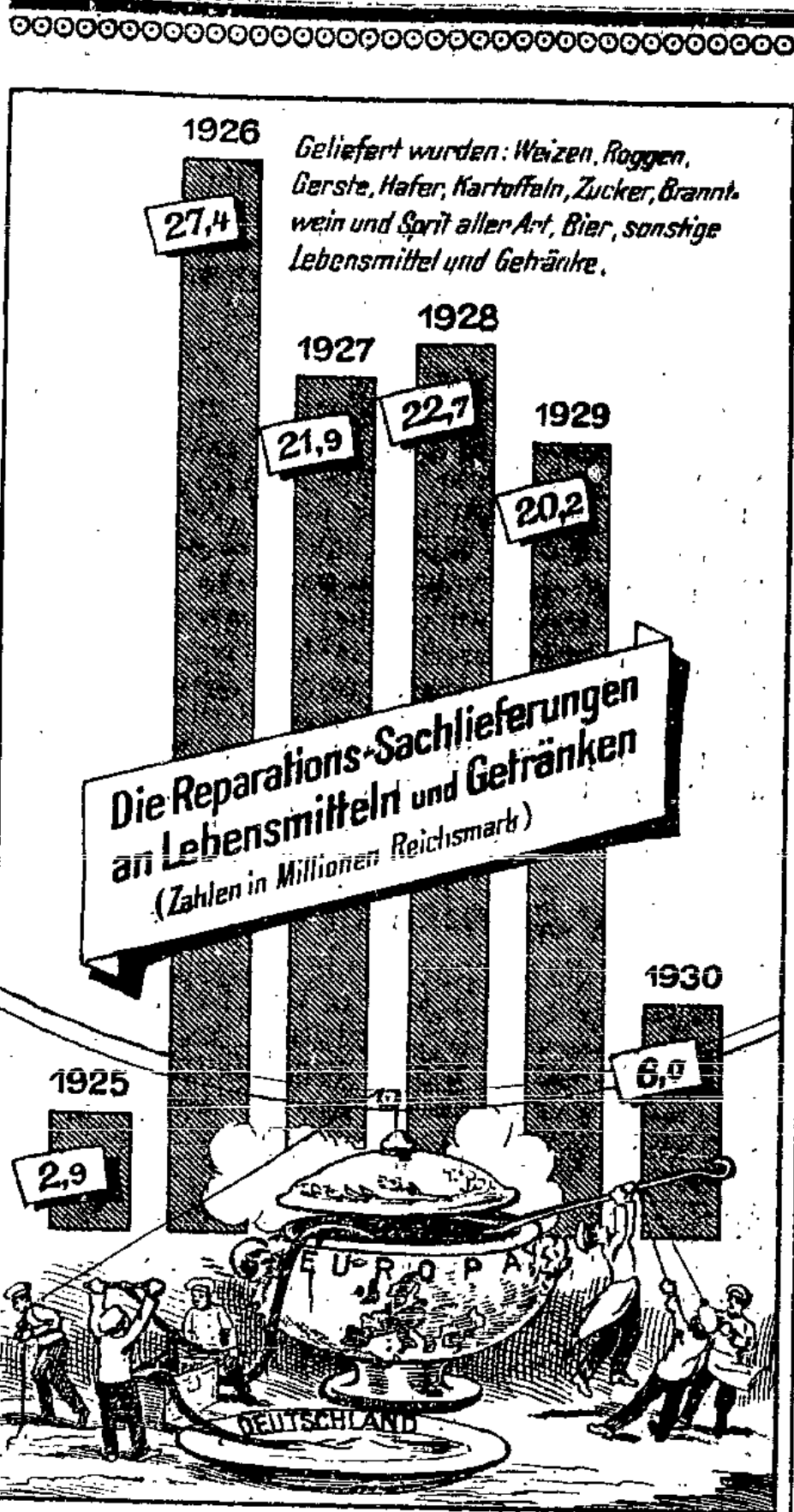
nicht selten am frühesten Morgen, um 5 Uhr, selbst noch früher, und dauert bis in die späte Nacht nahezu ohne andere Pausen als die, welche notwendig sind, damit der Arbeiter sein Essen einnimmt, worauf er sofort wieder an die Arbeit, in die Arbeitsstätte muß.

Ich möchte also wünschen, daß die Kommission bei nächster Gelegenheit ihre Untersuchung auf die Fleischereiarbeiter ausdehnt und nächstdem auf das Brauereigewerbe. Auch in den

Brauereien

find eine Menge Uebelstände vorhanden; auch hier ist die Arbeitszeit der meisten Arbeiter eine ganz ungebührlich lange, und es dürften sich vielfach Zustände ähnlicher Art herausstellen wie in der Bäckerei.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich weiter darauf aufmerksam machen, daß auch nach einer anderen Richtung es scheint, als wenn seitens der Aufsichtsbehörden, namentlich auch seitens unserer Fabrikinspektoren, nicht mit derjenigen Umsicht verfahren wird, die man billigerweise von ihnen erwarten darf. Z. B. ist nicht allein in unseren Verkehrsgewerben, die nächstens durch die arbeiterstatistische Kommission in Untersuchung genommen werden sollen, die Arbeitszeit eine ungewöhnlich lange, sondern die betreffenden Personen entbehren auch oft in ihrem zum Teil sehr schweren Berufe die notwendigsten Vorsichtsmaßregeln für ihre Gesundheit, die mit Leichtigkeit getroffen werden könnten. Meine Herren, Sie werden nicht bestreiten, daß z. B. die Kutscher auf unsern Pferdewagen, die täglich 12-14 Stunden fast ununterbrochen beschäftigt sind und dabei stehen müssen, hierbei notwendigerweise schweren Schäden in bezug auf ihre Gesundheit ausgeleht sind; stellen Sie sich vor; ein Mann muß 12-14 Stunden ununterbrochen oder nahezu ununterbrochen — denn längere Pausen gibt es nicht — auf einem Fleck stehen.



Unter den Reparationslasten des deutschen Volkes nehmen die Sachleistungen neben Barüberweisungen eine wichtige Stelle ein. Als Sachlieferungen kommen hauptsächlich Rohstoffe (Kohlen, Metalle usw.) und halbfertige Waren (meist Erzeugnisse der chemischen oder der Metallindustrie) sowie fertige Waren aller Art in Frage. Nach diesen Hauptgruppen kommen die Sachlieferungen an Lebensmitteln und Getränken, wobei der Zucker die wichtigste Rolle spielt. Bemerkenswert ist der zahlenmäßige Rückgang dieser für uns wichtigen Sachlieferungen, deren Umfang unsere Bildstatistik zeigt. Da diese Sachlieferungen beim Rückgang der Reparationsverpflichtungen im freien Verkehr ausgeführt werden, ist die wirtschaftliche Wirkung durch Zahlung in ausländischer Währung eine Stärkung unserer Handelsbilanz. Die Abnahme der Lebensmittel-Sachlieferungen ist die Folge der im neuen Plan festgesetzten Grenze für die Höhe dieser Sachleistungen.

er ist fortgesetzt den Erschütterungen ausgesetzt, die der Wagen während seiner Bewegung verursacht, so ist es doch naheliegend, daß daraus schwere Gebrechen für seine Konstitution, namentlich für die Beine, entstehen müssen. Da bin ich nun erstaunt, daß z. B. die Berliner Sanitätspolizeibehörde, die doch sonst ihre Untersuchungen in bezug auf die Fabriken, wie aus den uns zugegangenen Berichten hervorgeht, mit großer Gewissenhaftigkeit erfüllt, mit einer Gewissenhaftigkeit, wie sie sonst nirgends im Reiche vorkommt, noch nicht darauf gekommen ist, dafür einzutreten, daß diesen Kutschern eine Erleichterung zuteil wird, die meines Erachtens leicht zu beschaffen ist. Man braucht nur eine Sitzvorrichtung, meinerwegen eine transportable, anzubringen, um dem Uebelstände des fort-dauernden Stehens, unter dem eine erhebliche Anzahl von Personen leidet, abzuhelfen.

Des weiteren wird notwendig sein, die Untersuchungen auf den Zustand und die Arbeitsdauer der Arbeiterinnen in den Wäschereien auszudehnen. Auch hier sind mir große Uebelstände zur Kenntnis gekommen. Kürzlich las ich z. B. eine Notiz, wonach in den Wäschereien Kiels die tägliche Arbeitszeit der Wäscherinnen 16 bis 18 Stunden beträgt, so daß sie also kaum die nötige Zeit zur Ruhe haben, wobei, nebenbei bemerkt — das trifft aber in der Regel bei allen Arbeitern und Arbeiterinnen zu, die eine ungewöhnlich lange Arbeitszeit haben —, die Höhe des Lohnes in umgekehrtem Verhältnis zur Dauer der Arbeit steht. Es ist als ein ökonomisches Gesetz anzusehen, daß je länger die Arbeitszeit ist, desto schlechter ist der Lohn, und je kürzer die Arbeitszeit ist, desto höher ist der Lohn. Wir finden, wenn wir alle Betriebe durchgehen wollten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen mit der kürzesten Arbeitszeit den höchsten Lohn beziehen, und umgekehrt diejenigen, die

Kurswechsel in Sowjetrußland

Der schon längst fällige Wechsel der in Rußland bisher aufrechterhaltenen Wirtschaftspolitik ist jetzt eingetreten. Auf einer Konferenz der Sowjetwirtschaftler hat der ungekrönte König Stalin eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß man, um die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu erhöhen, die bisherige Lohngleichheit aufheben und an deren Stelle ein differenziertes Lohnsystem für qualifizierte und unqualifizierte Arbeit einführen werde. Gleichzeitig forderte Stalin eine Senkung der Selbstkosten. Die deutschen Arbeiter wissen, was diese Parole befragen will! Nämlich Lohnabbau auf der ganzen Linie. Die deutschen Unternehmer werden sich nunmehr auf das „Vaterland der Arbeiter“ berufen, wenn sie den Arbeitern unangenehme Forderungen durchsetzen wollen.

Mit der Durchführung der berühmten Fünftagewoche soll auch Schluß gemacht werden. Es soll wieder die Sechstageswoche mit einem Ruhetag eingeführt werden. Auch gegenüber den bürgerlichen Spezialisten wird in Zukunft eine andere Stellung eingenommen werden. Diese Spezialisten, die man bisher nur als Schädlinge bezeichnete, denen man recht oft den Prozeß machte, um über innere Schwierigkeiten hinwegzutäuschen, sollen mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt behandelt werden. Stalin hat zur Bekräftigung seiner Forderung ausgeführt, man müsse verbrennen, was man angebetet hat, und anbeten, was man verbrannte. Damit wird die Abkehr von den bisherigen Wirtschaftsformen treffend charakterisiert.

Die neuen Wirtschaftsmethoden werden sofort im Kohlenbergbau durchgeführt. In einem Aufruf Stalins wird festgestellt, daß die Kohlenförderung durchaus unbefriedigend sei. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, werden bestimmte Arbeiter für die vorhandenen Maschinen persönlich verantwortlich gemacht. Weiter wird bis September für ziemlich alle unter Tage beschäftigten Bergleute das Akkordlohnsystem eingeführt. Für das gesamte technische Personal werden Prämien ausgeschrieben für die Durchführung und Ueberschreitung der Fördervoranschläge, Senkung der Selbstkosten usw. Der Weg ist also jetzt frei, den einzelnen Arbeiter anzutreiben ebenso wie es in der Privatindustrie der Fall ist.

Zum Kampf um das Milchfaß

Auf Grund § 19 (20) Ziffer 1 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsmilchgesetz soll das Holzfaß „zur Aufbewahrung und Beförderung von Milch“ nicht mehr verwendet werden dürfen.

Hierzu nimmt unter „Freunde des Handwerks“ auch der „Böttchormeister“ in seiner Nummer vom 11. April Stellung. Durch einseitige Stellungnahme wird dabei der Versuch unternommen, die Sozialdemokratie für das Scheitern der Verhandlungen im Volkswirtschaftlichen Ausschuss zugunsten des Holzfaßes verantwortlich zu machen. „Der Böttchormeister“ schreibt: Der Vertreter des Handwerks (vor allem Präsident Wiener von der Handwerkskammer Dresden) trug an Hand unserer Eingabe vom 4. März unsere Wünsche, die wir gegen den § 19 (20) Ziffer 1 der Ausführungsbestimmungen zum Milchfaß haben, vor. Diesen Ausführungen schloß sich Minister Fehr wie auch die anderen Vertreter der bürgerlichen Parteien, sogar der sozial-

am längsten arbeiten, am schlechtesten gelohnt sind. Also auch die Wäschereien einer genauen Untersuchung zu unterwerfen dürfte notwendig werden.

Dann ist uns hier im Reichstag — mir sind die betreffenden Verhältnisse keineswegs neu; ich habe schon vor Jahren einmal in einem Berichte der bayerischen Fabrikinspektoren darüber gelesen — eine Petition der Glasindustriearbeiter aus dem Böhmerwald, also aus der Oberpfalz, zugegangen, die ebenfalls schauerhafte Zustände über die Lage der Arbeiter offenlegt. Es dürfte auch hier am Platze sein, daß unsere Kommission sich mit der Untersuchung der Lage dieser Arbeiter beschäftigt und dafür eintritt, daß eine Milderung herbeigeführt werde.

Ich habe ferner gelegentlich der Etatsberatung im vorigen Jahr an den Herrn Staatssekretär des Innern die Bitte gerichtet, doch dafür eintreten zu wollen, daß den Mitgliedern des Reichstags regelmäßig die Drucksachen, so weit sie von Seiten der statistischen Kommission der Öffentlichkeit übergeben werden, zugehen.

(Zuruf.)
— Nein, das ist bis jetzt nicht der Fall; sie sind allerdings in einer größeren Zahl als früher — das erkenne ich an — im Bureau des Reichstags zum Abholen aufgelegt. Früher waren es 40 Exemplare; auf unsere Intervention im vorigen Jahre wurden 100 abgegeben.

Obwohl bereits seit zwei Jahren durch die Aufseher erregende Broschüre „Zur Lage der Bäckereiarbeiter Deutschlands“ Befehl der Regierung mit größter Schärfe den berechtigten Vorwurf machte, daß sie eine lebenswichtige Berufsgruppe von den Unternehmern als Sklaven behandeln lasse, dauerte es lange Zeit, bis sie endlich etwas unternahm. Erneut mußte der Vorstoß von den Sozialdemokraten im Reichstag gemacht werden, worüber wir weiter berichten.

demokratische Abgeordnete Bergmann, an. Bei der entscheidenden Abstimmung ließen aber die übrigen Abgeordneten der Sozialdemokraten Herrn Bergmann im Stich; so daß die sozialistisch-kommunistische Mehrheit des Ausschusses den Antrag Wiener zu Fall brachte."

Hierzu folgende Feststellungen: Bergmann ist unser Gauleiter, der die Interessen des Böttcherhandwerks schon zu einer Zeit vertrat, als Herr Wiener und seine Freunde vom Handwerk noch schloßen.

Weiter sei noch festgestellt, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags deshalb ohne Resultat auseinanderlief, weil Herr Wiener die Abgeordneten der Linksparteien als „Schädlinge des Handwerks“ in einer Weise angriff, die sich diese einfach nicht gefallen lassen konnten. Das Reichsmilchgesetz wurde dem Reichstag von einer bürgerlichen Mehrheit vorgelegt und im Ausschuß handelte es sich nur darum, für das Böttcherhandwerk noch zu retten, was zu retten war, und nicht zu untersuchen, wer die größten „Schädlinge“ des Handwerks sind.

Was will Schiele?

Nach den neuesten Schätzungen der Getreideernte darf angenommen werden, daß die diesjährige Weizenernte bei weitem besser ausfällt als im Vorjahr. Nach den bisher getroffenen Ermittlungen werden 4,57 Millionen Tonnen Weizen gegenüber 3,79 Millionen Tonnen im Vorjahr geerntet werden. Der Gesamtertrag der Roggenernte wird sich wahrscheinlich auf Grund der verminderten Anbaufläche statt wie im Vorjahr 7,68 Millionen Tonnen nur auf 7,32 Millionen Tonnen belaufen. Nachdem das Ergebnis der Schätzungen bekannt wurde, hat der Ernährungsminister Schiele seine Pläne für den Weizenbeimahlungsquote in Höhe von 97 Proz. festzulegen. Der Minister begründete diese hohe Quote damit, daß der durchschnittliche Weizenbedarf in Deutschland einschließlich Saatgut 4,8 Millionen Tonnen betragen werde, während die deutsche Weizenernte 4,5 bis 4,6 Millionen Tonnen bringen werde.

Gleichzeitig mit diesen Plänen wird bekannt, daß für das neue Jahr auch ein Roggenbeimahlungsquote durchgeführt werden wird. Dahingehende Besprechungen haben im Reichsernährungsministerium bereits stattgefunden. Wie verlautet, hat sich der Leiter der Versuchs- und Forschungsanstalt für Getreideverarbeitung auf den Standpunkt gestellt, daß eine Beimahlungsquote von 7 1/2 Proz. Roggenmehl zum Weizenmehl erträglich sei.

In diesen Meldungen liegt mehr als ein Widerspruch. Schiele will, daß aller deutsche Weizen durch den Vermahlungsquote erfaßt wird. Er hat, wie es scheint, aber nicht damit gerechnet, daß eine bestimmte Menge Auslandsweizen trotz hoher Zölle verarbeitet wird, und daß ein etwaiger Beimahlungsquote von Roggen zu Weizen den Weizenverbrauch herabmindern wird. Weiter hat Schiele auch kaum beachtet, daß mit dem Ausfall der Weizeneinfuhr ein ziemlich großer Einnahmeausfall für das Reich verbunden ist. Hat Schiele etwa die Absicht, das auf diese Weise entstehende Defizit der Allgemeinheit aufzubürden, die bereits durch die Maßnahmen zur Hochhaltung der Getreidepreise aufs schwerste belastet ist? Es wird notwendig sein, dem Reichsernährungsminister etwas mehr auf die Finger zu sehen.

Kampf ums Koalitionsrecht

Obwohl 13 Jahre seit der Staatsumwälzung vergangen sind, gibt es noch immer Kämpfe um die Koalitionsfreiheit, die im Artikel 159 der Deutschen Reichsverfassung allen Deutschen gewährleistet wird.

Die Freie Fleischer-Innung Hindenburg und der Interessenverband der Großschlächter verstehen es ausgezeichnet, den Artikel 159 der Reichsverfassung für sich in Anspruch zu nehmen. Einige Engros-Schlächtermeister, darunter E. Groß, haben mit der Landwirtschaft Monopolverträge abgeschlossen, die ihnen schon beim Einkauf entsprechenden Profit sichern. Sie fragen den Teufel danach, wie andere Leute leben sollen. Sie sind einzig und allein bestrebt, andere vom Einkauf auszuschalten. Wehe aber den Fleischergefellten, die die gleichen Rechte für sich in Anspruch nehmen.

Kürzlich beschloß die Fleischergefellten-Bruderschaft ihren Uebertritt in unseren Verband. Bevor dies geschah, machte die Innung verzweifelte Anstrengungen, die Bruderschaft an den Fleischergefellten-Bund zu verschachern. Aber die gesunde Einsicht der Fleischergefellten behielt die Oberhand. Der Obermeister gab in der Versammlung am 15. Februar die Erklärung ab, daß die Innung gegen die Vereinigungsfreiheit nichts einzuwenden habe. Aber schon einige Tage später erfolgte die erste Maßregelung, allerdings konnte vor dem Arbeitsgericht die Weiterbeschäftigung durchgesetzt werden. Aber auch die organisierten Schlächtergefellten haben jetzt vor den Innungsdespoten keine Ruhe mehr. Das Schiedsgericht der Innung verhängt Strafen, wozu es nicht berechtigt

ist und in rüpelhafter Weise werden die Kollegen mit unqualifizierten Schimpfwörtern bedacht. Wir wollen der Objektivität halber gern bemerken, daß sich dabei die Engroschlächtermeister Groß und andere besonders auszeichnen. Neuerdings scheut man sich nicht, sieben alte Schlächtergefellten zu entlassen, die ein Menschenalter auf dem Schlachthof beschäftigt sind, nur weil sie sich die Behandlung nicht bieten lassen. Ein furchtbares Ereignis für die Fleischerinnung war es, als ein Arbeiterrat auf dem Schlachthof gewählt werden sollte. Nach allen Regeln der Kunst wurde versucht, die Wahl unmöglich zu machen. Nachdem durch unseren Verband das Arbeitsgericht zur Bestellung des Wahlvorstandes angerufen, die Wahl durchgeführt und beendet wurde, legte der ahnungslose Obermeister beim Wahlvorstand Einspruch gegen die Wahl ein. Es half ihm nichts, er mußte sich damit abfinden.

Die organisierten Fleischergefellten in Hindenburg aber werden ihren Kampf um Anerkennung ihrer Organisation durchführen. Sie sind der Solidarität der übrigen Arbeiterschaft gewiß. Magistrat und Schlachthofsdeputation, sowie das Versicherungsamt werden sich mit der Innung wegen der übrigen Mißstände noch zu unterhalten haben.

Die Mühlen in Kassel

sind in der Presse deswegen heftig angegriffen worden, weil sie angeblich schuld gewesen sind, daß eine Rahnladung Roggen, der zur Herstellung billigen Brotes dienen sollte, verdorben ist. Auch wir haben in der letzten Nummer diese Mitteilung, die vom Amtlichen Preußischen Pressedienst ausging, mit einer entsprechenden Charakterisierung wiedergegeben. Wie uns dazu von unseren Kollegen aus Kassel mitgeteilt wird, entspricht die Darstellung des Preußischen Pressedienstes nicht dem Sachverhalt. Auch die Mühlen haben in einer Erklärung gegen die Vorwürfe Stellung genommen. Wir versagen es uns, darauf bereits jetzt näher einzugehen, zumal der Preußische Pressedienst bisher keine Stellung genommen hat. Wir behalten uns aber vor, in der nächsten Nummer darauf zurückzukommen.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Wo befindet sich der Kollege Hans Klingert, Brauer, geb. am 26. Januar 1896 in Hannover? Er hat nach der Erhebung einer Unterstützung in Lüneburg sein Verbandsbuch liegen lassen, das ihm nur ausgeliefert wird, wenn er seine eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Sollte Kollege K. verjahren, ohne Buch Unterstützung zu erlangen, so ist er abzuweisen.

Gesucht wird der Kollege Michel M a c h z, Brauer, zuletzt beschäftigt in Hornberg. Er wird ersucht, dem gegen Bieber in Freiburg seine jetzige Adresse anzugeben.

Die Telefonnummer des Verbandsbüros in Heilbronn hat sich geändert. Sie lautet jetzt: SA 3567.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 2. Juli 1931 bis 9. Juli 1931. (Postgebühren der Hauptkasse: Berlin 120 79 Rahrgangsmittel- und Getreidearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.) Ortsgruppen:

- Bremen 1021,91; 1635.— Erfurt 1854,10. Königsberg i. Pr. 2841,15. Clopp 349,50. Friedrichshafen 120.— Kassel 456,23. Korbach 153,71. Reichenbach i. Sachl. 350.— Rostock 200.— Augsburg 87,50. Pöffen 133,75. Effen 79,25. Wuppertal 77.— Bielefeld 108,32. Sadiou 131,41. Meerane 186,21. Neustadt O. S. 104,60. Nienburg 205,68. Bielefeld 87,76. Bielefeld 44.— Bremen 156,75. Danzig 92.— Marneburg 160,50. Berlin 1629,25. Weizen 400.— Chemnitz 177.— Brauns 206.— Garmisch 117,75. Königsberg i. Pr. 250.— Erfurt 88.— Freiburg-Brsg. 87.— Weimar 129,34. Remmingsen 200.— Pöffen 42,80. Pöffen 74,50. Rosenheim 818,68. Sagan 274,76. Bielefeld 64,50. Zehdenitz 93,70. Braunschweig 88.— Duisburg 77,75. Leipzig 319,50. Oldenburg 33,75. Mühlhausen 191,98. Rastdorf 120,12. Würzburg 87,50. Gießen 70,75. Dülferdorf 216,65. Burg 79,22. Bielefeld 44,50. Danzig 600.— Chemnitz 333,10. Rastdorf 87,50. Aulbach 38,75. Burg 400,79. Gredesmühlen 103,67. Pöffen 22,90. Pöffen 170,14. Bielefeld 37,87. Zweibrücken 130.— Pöffen 42,2.— 1700.— Breslau 493,42. Heilbronn 300.— Samburg 710.— Würzburg 218.— Heilbronn 80,70. Jüterburg 274,11. Kolberg 325,97. Linden 348,69. Löwenberg 216,25. Ludwigsburg 414,53. Osterfeld 9,04. Plauen i. B. 683,15. Straubing 462,57. Mühlhausen 458,93. Rastdorf 43,75. Pöffen 790.— Rastdorf 45.— Dortmund 97,25. Hildesheim 1000.— Lauterberg 855,65. Hannover 214,25. Eintracht 179.— Aachen 48.— Elbing 1069,50. Dülferdorf 91,96. Emden 444,19. Glad 121,75. Gollap 228,62. Rastdorf 602,89. Neurettin 96,41. Mühlhausen 300.— Reichenbach i. Sachl. 67,34. Uelzen 306,73. Serford 32.— Alshausen 398,17. Greifswald 335,44. Samrau 101,68. Jever 284,25. Rastdorf 6,06. Rastdorf 49,76. Quedlinburg 27,66. Regensburg 229,23. Göttingen 91,03. Uelzen 121,45. Wartenburg 57,30. Ansbach 7,67. Bamberg 255,95. Jüterburg 64,94. Emden 46,97. Regensburg 493,63. Rastdorf 129,63. Leipzig 190,30. Sargau 340,72. Rastdorf 60.— Bielefelds. 821,38. Wend. Buchholz 4,60. Reiz 823,71. Effen 245,61. Frankfurt a. O. 704,50. Heilbronn 1166,80. Lauterberg 100.— Neumünster 349,80. Berlin 5000.—

Sonstiges:

- Berlin 81,34; 10.— Köppelsdorf 500.— Leipzig 14,59. Mühlhausen 73,40. Dresden 3,90. Köln 3,90. Berlin 1,35. Braunschweig 240.— Rastdorf 538,75. Linden 10 412,50. Gießen 125.— Jüdisch 1000.— Gr. Ditzelsleben 10.— Berlin 86,27; 550.— Rastdorf 30.— Berlin 160.— 173,23; 45 619,20; 60.— Berlin 15.— Reiz 2,40. Berlin 75.— Dortmund 612,50. Samburg 3000.— Berlin 541.— 3,90; 43,72; 8,61. Samburg 4,40. Berlin 13 565,40.

Korrespondenzen

Berlin: Von dieser Stelle aus mußten wir schon mehrfach die Deffentlichkeit davon in Kenntnis setzen, daß es immer noch eine Anzahl Fleischermeister gibt, die die Umstellung in den Nachkriegsjahren insbesondere in arbeitsrechtlicher Beziehung verschlafen haben. Dies trifft auch

auf den Fleischermeister Emil Brückner in Brbh zu, der eine Verkäuferin nach zirka einjähriger Beschäftigungsdauer entlassen hat. Bei der Forderung des ihr zustehenden Urlaubs kam es zu Differenzen. Mit den Worten: „Nun haben Sie es allen Ramsells (Verkäuferinnen) verkauft, nach 5 Monaten schmeißen wir die Verkäuferin raus, da brauchen wir wenigstens keinen Urlaub zu zahlen“, glaubte man die Verkäuferin einzuschüchtern. Schließlich wollte man ihr 7.— Mk. gnädigst als Abgeltung für den Urlaub in die Hand drücken. Die Verkäuferin wandte sich an ihre Organisation. Diese unternahm den Versuch, durch Verhandlung mit dem Fleischermeister die bestehenden Differenzen in außergerichtlicher Form beizulegen. Als der Angestellte der Organisation die bestehenden Forderungen der Verkäuferin der Frau des Arbeitgebers gegenüber zum Vortrag brachte, stürzte der Fleischermeister wie ein wild gewordener Stier in den Laden und brüllte: „Machen Sie, daß Sie rauskommen!“ Als er nach mehrmaligen Brüllen dieser Worte merkte, daß sie auf den Verbandsvertreter nicht einschüchternd wirkten, rief er nach dem Gesellen, um scheinbar mit dessen Hilfe den Verbandsvertreter aus dem Laden zu entfernen.

Dieser Fleischermeister versteht es auch, seine Beschäftigten in gehöriger Form auszunutzen. Die Verkäuferinnen müssen bei ihm regelmäßig täglich 11 Stunden und an Sonnabenden 12 Stunden arbeiten; oftmals wurden auch diese Arbeitszeiten noch überschritten. Vor der Bezahlung während der Dauer der Krankheit nach dem Handelsgesetzbuch will sich Brückner dadurch drücken, daß er von der Verkäuferin schriftlich die Erklärung verlangt, daß sie sich als gekündigt betrachtet, sobald sie infolge Krankheit arbeitsunfähig wird. Wir halten es für notwendig, die Maßnahmen dieses Arbeitgebers der Arbeiterschaft mitzuteilen, damit sie erfährt, wie weit die „Menschenfreundlichkeit“ und der „Bildungsgrad“ dieses Fleischermeisters geht.

Bunzlau. (Die aufgebaute Siegesfeier.) Die Fleischermeisterpresse bringt lange Artikel über eine Siegesfeier in Bunzlau anlässlich der „zurückeroberter“ Fahne der Bruderschaft. Zu einem Siegesfest liegt aber keinerlei Veranlassung vor. Nach Beendigung des Krieges, als die hilfsdienstpflichtigen und reklamierten Fleischermeister alle Arbeitsstellen trampfhast besetzt hielten, strömten die aus dem Felde zurückkehrenden Fleischergefellten restlos zu unserem Verbands, damit er ihnen Brot und Lohn verschaffe. Auf Antrag langjähriger, ehemaliger Bruderschaftsführer wurde beschlossen, sämtliches Inventar dem Verbands zuzuführen. Alles war in schönster Harmonie, bis die Gewerkschaften in Bunzlau aus besonderen Gründen eine eigene Fleischerei errichteten. Da nicht alle Bunzlauer Gesellen eingestellt werden konnten, bekam die Kollegialität einen Riß, eine neue Bruderschaft wurde unter Mitwirkung der Meister gegründet, die nun ihre Fahne wieder haben wollte. Der Verband wurde damals verklagt. Die Klage verlief zu unseren Gunsten. Nun versuchte es man mit Hilfe der Innung und den damaligen Bürgermeister der Stadt, die Fahne künstlich zurückzuerwerben. Man bot erst 400 Mk., nachher 600 Mk. Da aber der Verband mit dieser Fahne kein Geschäft machen wollte, wurde das Angebot abgelehnt. Nun schloß man sich dem Bunde an, der uns verklagte und die geliebte Fahne zurückerobern sollte. Bei der Zeugenernehmung ergab sich, daß der radikalste unserer Mitglieder in Bunzlau, der seinerzeit für Ueberführung der Bruderschaftsfahne an den Verband eintrat, nun auf Seiten der Fleischermeister bzw. der Bruderschaft stand und seine Aussagen entsprechend machte. Eben einer, wie sie in der Nachkriegszeit so häufig und überrevolutionär waren, dem die Sozialisierung nicht schnell genug ging und er in der Gewerkschaftsfleischerei auf eigene Faust zu sozialisieren versuchte. Als man dafür aber dort kein Verständnis hatte und ihn an die Luft setzte, war seine Ueberzeugungstreue auch futsch. — Dem Verbands war bisher nie an der Fahne etwas gelegen, und wenn jetzt durch einen Vergleich die Fahne herausgegeben wurde, dann nur deshalb, weil wir diesen großen Kindern ihr Spielzeug nicht länger vorenthalten wollten. Im übrigen hat der Bund dafür eine Entschädigung gezahlt, so daß keine Veranlassung zu besonderem Jubel vorliegt.

Ilmenau. Thüringer Bezirkstreffen. Anlässlich ihres 30jährigen Stiftungsfestes am 14. Juni hatte die Ortsgruppe Ilmenau die meisten Ortsgruppen Thüringens zu einem Bezirkstreffen eingeladen. Da Ilmenau eine herrliche Umgebung besitzt, haben sich über 700 Teilnehmer beteiligt. Der Vormittag war ausgefüllt mit einem Spaziergang nach Manebach. Dort fand die Feier statt, wobei Gauleiter Kollege Riepl, Leipzig, die Festrede hielt. Er erinnerte an die Schwierigkeiten des Aufbaues der Organisation und dankte den älteren Kollegen und dem Gründer, Backmeister Kollegen Müller, für die Aufbauarbeit. Auch heute gellte es noch, die Organisation zu stärken, damit das Errungene behauptet und etwa eintretende Schäden wieder gutgemacht werden können. Begeistert stimmten die Kollegen in das dreifache Hoch ein. Anschließend tagten noch die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen, um zu der Angriffsbewegung der Thüringer Brauereien Stellung zu nehmen.

Das Bezirkstreffen gab der Kollegenschaft die Möglichkeit, sich kennenzulernen und sich gegenseitig über alle möglichen Tagesfragen zu unterhalten, insbesondere ergab die starke Beteiligung, daß die Thüringer Kollegen den Wert der Organisation erkannt haben.

Den Ilmenauer Kollegen muß an dieser Stelle für die Arrangierung noch besonders gedankt werden. M.

Oppeln. Der Deutsche Fleischergefellensbund hat dem Fleischermeister wieder mal aus der Linde geholfen. Werken die Fleischermeister, daß sich die Gesellen nicht mehr schrankenlos ausbeuten lassen, ruft man schnell den Deutschen Fleischergefellensbund zu Hilfe. Die Oppelner Fleischergefellens, bisher als Sklaven behandelt, hatten sich unserem Verbande angeschlossen, und als er einen Vertrag einreichte, schloß der Bund schnell hinter dem Rücken der Gesellen mit der Innung einen Vertrag ab. Der Angestellte des Deutschen Fleischergefellensbundes Sodan will im Verein mit dem Syndikus der Breslauer Fleischerinnung damit verhüten, daß wir dort Ordnung schaffen. Eine Frage, Herr Sodan: Hat Ihnen die Fleischerinnung in Oppeln versprochen, die Beiträge für die Gesellen zu bezahlen, wie man es in Dels und Freiburg gemacht hat? Gewerkschaftliche Einstellung wäre das ja nicht, aber in der Not frißt der Teufel Fliegen, und wenn Sie auch die Gesellen in den einzelnen Orten nicht mehr sehen wollen und auch die Meister von dieser Schmaroherei langsam genug bekommen, dann ist es immerhin ganz hübsch und nett, wenn allmonatlich von der Innung die Beiträge für die Gesellen geflossen kommen. In den Armen liegen sich beide und helfen sich gegenseitig, der Fleischergefellensbund den Innungen, die Innungen dem Deutschen Fleischergefellensbund.

Gewerkschaftl. Rundschau

Der Verband der Maler hielt vom 22. bis 26. Juni in Breslau seine 22. Generalversammlung ab. 105 Delegierte waren außer dem Vorstand, der Redaktion des Verbandsorganes, der Gäste und der Bezirksleiter anwesend. Der Verbandsvorsitzende Bah erstattete den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Periode ins Riesenhafte gestiegen, besonders ist das Baugewerbe am schlimmsten betroffen. Das Malergewerbe weist in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres im Durchschnitt eine Arbeitslosigkeit von 67,6 Proz. auf. Die übertriebene Lehrlingshaltung bedeutet eine große Gefahr für das gesamte Gewerbe. Um so eifriger müßte die Werbearbeit durchgeführt werden. Im weiteren schilderte er die mühevollen Arbeit des Verbandes auf sozialem, tariflichem und wirtschaftlichem Gebiet. Trotz der Ungunst der Zeit konnte der Verband am Jahresluß 1930 noch eine Zunahme von 2000 Mitgliedern buchen. Seit 1928 hat der Verband rund 2 1/2 Millionen Mark für Unterstützungen ausgegeben. Der Rassenbestand entwickelte sich trotz vermehrter Ausgaben günstig. Auf jedes Mitglied entfällt 1930 ein Betrag von 78,6 Mk. Der Schriftleiter Mark befaßte sich eingehend mit den kommunistischen Anträgen zum „Maler“. In der Aussprache wurde bis auf drei kommunistische Delegierte in durchaus objektiver Weise die Tätigkeit des Verbandsvorstandes rühmend anerkannt und ihm das Vertrauen ausgesprochen. Das dreistündige Referat des Kollegen W. Eggert vom Bundesvorstand über „Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems“ wurde von den Delegierten mit großem Beifall entgegengenommen. Die vorgelegte Entschlieung wurde ohne Aussprache angenommen. Ebenso fand das Referat des Kollegen Rob. Sachs über „Die Unfall- und Gesundheitsgefahren unserer Berufskollegen“ die volle Aufmerksamkeit des Verbandsrates. Auch das Referat des Verbandsvorsitzenden Bah, das in großen Zügen ein übersichtliches Bild von den „Lohn- und Tariffbewegungen“ im Maler- und Lackierergewerbe in den letzten drei Jahren gab, fand rege Aufmerksamkeit. Die hierzu vorgelegte Entschlieung wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Von 263 eingereichten Anträgen wurden 205 abgelehnt, darunter der auf Anschluß an den Baugewerksbund. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter wurden wiedergewählt. Nur tritt an die Stelle des Schriftleiters Mark der Kollege Ehren. Mark ist seit 35 Jahren verantwortlicher Redakteur des „Maler“. Der Verbandstag bereite ihm einen ehrenvollen Abschied. Kollege Bah beendete die prächtige und erfolgreich verlaufene Tagung mit einem packenden Schlußwort und einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung und die Malerinternationale.

Der Verbandstag des Einheitsverbandes der Eisenbahner fand Ende Juni in Hamburg statt. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Tätigkeit des Einheitsverbandes eine recht vielseitige war. Obwohl während der Berichtszeit viele neue Erfolge gebucht werden konnten, so machte jedoch die Wirtschaftskrise viele Hoffnungen zunichte. Trotz alledem aber ist auch heute noch der Einheitsverband die führende Organisation unter dem Eisenbahnpersonal. Die finanziellen Ansprüche an die Verbandstafel sind gewaltig gestiegen, trotzdem war es möglich, das Verbandsvermögen von 3 083 997 Mk. im Jahre 1928 auf 5 678 459 Mk. im Jahre 1930 zu steigern. Außerdem betrug das Verbandsvermögen der Ortsgruppen am 31. Dezember 1931 1 126 642 Mark. Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes wurde von den Delegierten gutgeheißen. Der Verbandstag beschäftigte sich dann weiter mit der Reparationsfrage und mit der von der Reichsbahn betriebenen Arbeitszeitpolitik. In einer Entschlieung wurde die Beseitigung der langen Arbeitszeit von 57 Stunden pro Woche neben gleichzeitiger Kurzarbeit verlangt. Genosse Kaphthal behandelte in einem Referat die Frage „Der Weg von der kapitalistischen Wirtschaft zur Gemeinwirtschaft“ und der 2. Verbandsvorsitzende Hermann „Die Verkehrrspolitik in Deutschland“. Das Verbandsstatut wurde nach den Vorschlägen der Sachverständigenkommission angenommen. In geheimer Wahl wurden fast alle Vorstandsmitglieder wieder bestätigt.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat der Rückgang der Arbeitslosenziffer auch in der zweiten Hälfte des Juni angehalten. Allerdings ist festzustellen, daß dieser Rückgang bei weitem nicht so groß ist, wie in den vorhergehenden Wochen. Ingesamt verringerte sich die Zahl der Erwerbslosen in der Berichtszeit um 38 000 auf rund 3,96 Millionen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist durch die eingetretenen verschärften Bedingungen um 82 000 auf 1,41 Millionen zurückgegangen. In der Krisenfürsorge stieg die Zahl der Unterstützten um 6000 auf 940 000. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtsverwerbslosen stieg auf über eine Million. Wie aus den inzwischen von Preußen durchgeführten Erhebungen hervorgeht, ist die Zahl dieser Unterstützungsempfänger leicht zurückgegangen.

Seidem in diesem Jahr auf dem Arbeitsmarkt ein Rückgang der Arbeitslosenziffer eingetreten ist, verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen um mehr als eine Million. In der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich der Rückgang nur auf 725 000 Personen. Während im Vorjahr der Juni bereits wieder eine Zunahme der Arbeitslosen um 7000 brachte, hat sich in diesem Jahr die Arbeitslosenziffer noch um rund 91 000 gesenkt.

An der Entlastung, die in der Berichtszeit eingetreten ist, ist in erster Linie die Landwirtschaft beteiligt. Auch die Baumwollindustrie konnte in größerem Umfang Arbeitslose aufnehmen. Daneben wurden Neueinstellungen bei der Reichsbahn vorgenommen. Die Entlastung durch den Baumarkt ist nur geringfügig. Etwas besser gestaltete sich die Lage in der Metallverarbeitung.

Weiterer Abfahrtdgang in Mineralwässern! Trotz günstiger Witterung ist im Juni dieses Jahres gegenüber Juni 1930 der Absatz in künstlichen Mineralwässern (Selterswasser) und Brauseisimonaden um 50 Proz., in natürlichen Mineralwässern um 35 Proz. zurückgegangen. Dieser Vergleich gibt ein deutliches Bild über die verheerende Auswirkung der Mineralwasser- und Schantverzehrsteuer, die die so belasteten Getränke in einer Weise verteuern, daß deren Anschaffung weitesten Kreisen unmöglich geworden ist. Bei dem angegebenen Konsumrückgang ist noch zu berücksichtigen, daß die Mineralwassersteuer bereits im Juni 1930 bestanden hat, und daß der Absatz schon damals gegenüber 1929 wesentlich niedriger gewesen ist.

Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland. Nach den Berechnungen des Konjunkturforschungsinstitutes beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland in den wichtigsten Industriegruppen 43,8 Stunden. Das Ergebnis beruht auf den Feststellungen des Monats März 1931. Die längste Arbeitszeit und gleichzeitig geringste Kurzarbeit hatte das Buchdruckgewerbe mit 47,1 Stunden pro Woche. Ihm folgt das Nahrungsmittelgewerbe mit 46,1 Stunden und die Baustoffindustrie mit 40,2 Wochenarbeitsstunden. Die kürzeste Arbeitszeit wies die Papierwareindustrie mit 40,2 Arbeitsstunden, dann die Schuhindustrie mit 41,3, die Textilindustrie mit 41,4 und die Metallindustrie mit 42,6 auf. Gegenüber Monat März 1930 ist ein Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit um 1,8 Stunden, d. h. von 45,6 auf 43,8 Stunden zu verzeichnen.

Rationalisierung der internationalen Produktion. Die in Genf am 4. Juli abgeschlossene zweite internationale Rationalisierungskonferenz beschäftigte sich neben der Schaffung verschiedener internationaler Abkommen auch mit der Regulierung der internationalen Produktion. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine internationale Arbeitseinteilung anzustreben sei, da sie besser wirte als jede Erhöhung der Zollschranken und eine Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes gewährleistete. Nur durch eine Berücksichtigung der volks- und weltwirtschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen könnten in der Zukunft falsch angewendete Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben verhindert werden.

Die Konferenz erachtete es für notwendig festzustellen, daß die Rationalisierung nicht für unvernünftige und fehlerhafte Maßnahmen und für Geschehnisse, die mit einer vernünftigen Gestaltung der Wirtschaft nichts zu tun haben, verantwortlich zu machen sei. Das ist eine Feststellung, der mit äußerster Vorsicht zu begegnen ist, denn es ist schon mehr als einmal betont worden, daß wir bereits im Stadium der Ueberrationalisierung sind und sich die Schäden in volks- und weltwirtschaftlicher Beziehung zeigen. Es sei noch bemerkt, daß die Konferenz die Förderung eines Erfahrungsaustausches in allen Wirtschaftszweigen für notwendig hält.

Allgemeine Rundschau

Abstimmungsergebnis über Rechtschreibreform. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker veranstaltete in den Monaten Mai und Juni eine Abstimmung über die Reform der Rechtschreibung. An der Abstimmung haben sich zusammen 26 878 Personen beteiligt; davon 24 423 Buchdrucker. Für die Frage 1: Ich bin für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der Großbuchstaben nur für Satzanfänge und für geographische sowie Eigennamen, stimmten 14 363; für die Frage 2: Ich bin für eine Reform mit absoluter Kleinschreibung, stimmten 6300; für die Frage 3: Ich bin für die Beibehaltung der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung, entschieden sich 6215.

529 000 Auswanderer aus Deutschland. In den Jahren 1919 bis 1930 sind nach einer Mitteilung im Reichsarbeits-

blatt 580 000 Deutsche nach Uebersee ausgewandert und nahezu 280 000 Deutsche über die europäischen Landesgrenzen. Besonders bemerkenswert ist die beträchtliche Zunahme der Auswanderung von Frauen. Drei Viertel aller weiblichen Auswanderer sind berufstätig. Die stärkste Gruppe der männlichen Auswanderer stellt der Bergbau. Die Länder, die die meisten deutschen Auswanderer aufnahmen, sind USA., Südamerika, Afrika und Mittelamerika.

Literatur

Lohn-Lexikon. Von Dr. Ubalbert Falasch. 79 Seiten. Preis 2 M. Verlag Karl Henmann, Berlin. — Der Verfasser des Lohn-Lexikons behandelt das Lohnproblem und die damit zusammenhängenden Faktoren in 44 Stichworten. Da der Lohn alle wichtigen Aufgaben der Wirtschaft beeinflusst, bietet das Lohn-Lexikon auch eine erste Einführung in die allgemeine Wirtschaftspolitik.

Parteilichheit und sozialistische Ueberzeugung. Von Anna Stensen. 32 Seiten. Preis 40 P. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. — Die Verfasserin behandelt in dieser Schrift die Frage: Wie läßt sich die notwendige Geschlossenheit einer proletarischen Partei, welche Unterordnung die einzelnen unter den Gesamtwillen verlangt, vereinigen mit der Ueberzeugungstreue des einzelnen, ohne da jede Bewegung ihr Leben und ihre Kraft verlieren würde.

Die Industrialisierung der Sowjetunion. Von Engelbert Graf. 32 Seiten. Preis 40 P. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. — Der Verfasser versucht in dieser Broschüre eine Darstellung der gesamten Industrialisierung der Sowjetunion zu geben.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Böttcher Nahrungsmittel-, Getränke- u. anderer Arbeiter

Werte Kollegen! Die im Mai in Mannheim tagende Generalversammlung unserer Kasse kam inAnbetracht der Tatsache, daß der größte Teil unserer Mitglieder auch dem Verband angehört, zu dem Entschluß, auch nunmehr den Namen dementsprechend zu ändern. Waren bisher die Böttcher vorwiegend die Träger der Kasse, so ist es jetzt unser Wunsch, diese in erster Linie unseren Verbandskollegen zugänglich zu machen. Unser Publikationsorgan ist die „Einigkeit“. Wir empfehlen allen unseren Kollegen den Beitritt hierzu, denn es ist für jeden eine weitere Sicherheit gegen die Folgen wirtschaftlicher Not im Krankheitsfalle. Der Beitrag ist gering.

Nach für zählt die Kasse bis zu 26 Wochen Krankengeld. Aufnahme bis zum 45. Lebensjahr. Beitrag: I. Klasse Mk. 0,40, II. Klasse Mk. 0,60 pro Woche. Unterstützung: I. Klasse Mk. 6,50, II. Klasse Mk. 9,90 pro Woche. Dazu ein Sterbegeld.

In zirka 70 Orten Deutschlands bestehen Zahlstellen, wo noch keine am Ort, wird vom Unterzeichneten jede Auskunft sofort erteilt, ebenso Gründungs- u. Agitationsmaterial zugestellt. An unsere Koll. richten wir die Bitte, überall für die Gründung einer Zahlstelle und Werbung von Mitgliedern einzutreten. Ueberall muß auch eine Zahlstelle obiger Kasse vorhanden sein.

Albert Kindt, Bremen, Wiechmannstr. 4 (Hauptkasse)

Nachruf!

Von den Mitgliedern der Ortsgruppe Dresden verstarben im 2. Quartal 1931:

Paul Ebbc, Brauer, Felseneller
Rag Reuber, Süßwarenarbeiter, E. Bergmann
Wilhelm Ruffschneider, Böttcher, Inv., Radeberger Exportier-Brauerei

Ernst Rood, Bierfahrer, Inv., Feldschlößchen
Oskar Lohmann, Böttcher, Inv., R. Nische
Emil Krumbiegel, Bäder, Konsum-Verein Vorwärts
Emil Otto, Bierfahrer, arbt., I. Kumbacher
Richard Stephan, Bierfahrer, Felseneller
Rag Müller, Süßwarenarbeiter, Hausbold & Richter
Paul Köhler, Bierfahrer, Felseneller
Robert Eisner, Handwerker, Inv., R. Seibmann [15,60]

Ehre ihrem Andenten!

Ortsgruppe Dresden

Nachruf!
Am 4. Juli 1931 verstarb unser Kollege, der Schlachthofgasse
Wittor Kempa.
Ein ehrendes Andenten bewahrt ihm [2,10]
die Ortsgruppe Gietzow.

Nachruf!
Am 4. Juli 1931 verstarb unser langjähriger Kollege, der Brauer
Josef Bernauer.
Die Arbeitskollegen sowie die Ortsverwaltung verlieren in ihm einen ihrer Besten. Wir werden sein Andenten stets in Ehren halten. [3,30]
die Kollegen der Altien-Bierbrauerei und die Ortsgruppe Essen.

Nachruf!
Am 2. Quartal 1931 starben in der Ortsgruppe Köln nachstehende Verbandsmitglieder:
August Kirchhoff, Bonn, 54 Jahre, Schloffer, Johann Schneider, Bonn, 64 Jahre, Bierfahrer, Anton Bauer, 64 Jahre, Küfer, Karl Baum, 60 Jahre, Fleischer, Johann Gott, 46 Jahre, Gastwirt, Wilhelm Gieskes, 62 Jahre, Böttcher.
Ein ehrendes Andenten bewahrt ihnen [4,50]
die Ortsgruppe Köln.

Nachruf!
Infolge Unglücksfalles verstarb unser Mitglied
Jakob Schri.
Ein dauerndes Andenten bewahrt ihm [2,40]
die Ortsgruppe Andernach.

Unsern werten Kollegen Erich Witz und seiner jungen Gattin zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
Ortsgruppe Königberg i. Pr.

Unsern Koll. Richard Nische zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
die Verlegerschaft der Altienbrauerei Wittweida

Unsern Kollegen, dem Bierfahrer H. Gatenbein zu seinem am 1. Juli festgesetzten 25-jährigen Verbandsjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]
Ortsgruppe Hergen i. Hann.

Unsern lieben Kollegen Heinrich Witzke, Bäder, die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25-jährigen Verbandsjubiläum. [1,50]
die Ortsgruppe Essen.

Unsern werten Kollegen Johann Hoffmann und seiner lieben Frau Katharina zu ihrer am 21. Juli 1931 stattfindenden Silberhochzeit die besten Glückwünsche. [2,70]
die Kollegen der Sektion der Köfer-Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen a. Rh.

Unsern Kollegen Hans Brandt und seiner lieben Frau zu stattgefundenen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]
die Kollegen der Schlegel-Schwarzenfeld-Brauerei, Abt. Bochum und Ortsgruppe Bochum.

Unsern Kollegen Johann Pland und Mathias Westermich nebst ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,40]
die Kollegen der Fleißerei Krupp und die Ortsgruppe Essen.

Nachruf!
Im 2. Quartal wurden uns folgende Mitglieder durch den Tod entziffen:
Elisabeth Müller, Adolf Auenrich, Rag Wichmann, Ernst Laumann.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenten bewahren. [3,00]
Ortsgruppe Bremen.

Unserer Kollegin Elise Held nebst ihrem lieben Gemahl zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Rosha.

Unserer Kollegin Henriette Weinand nebst ihrem Brautigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]
die Kolleginnen und Kollegen der Brauerei Bülter und die Ortsgruppe Duisburg.

Unsern Kollegen, dem Böttcher Ludwig Reag, zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
Ortsgruppe Bernigerode.



FRAUENRECHT



Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte Th. Knauer Nachf., Verlag

(28. Fortsetzung)

Gallagher faßte an den Griff seiner Pistole und klopfte mit der Mündung dreimal auf den Tisch. Die beiden Bewaffneten richteten ihre Revolver auf Gypos Rücken. Die drei Richter, die ruhig Zigaretten geraucht hatten, fuhren auf. Mutholland machte eine kleine Bewegung gegen die Tür. Dann sank Gyppo wieder schlaff in seinen Sitz. Die schreckliche Bezeugung aus den kalten Augen Gallaghers faugte die Wut geradezu aus ihm heraus. Müde Atem holend, saß er still. Seine Spannung wich wieder.

Gallagher legte die Pistole auf den Tisch und lächelte: „s hat keinen Zweck, sich aufzuregen, Gyppo. Ich möchte nur sagen, daß du dort, wo du mit Katie Fog getrunken hast, sagtest, du hättest hinten bei Cassidy's Kneipe einen Seemann ausgeraubt. Kann sein, sie hat dich aus purer eitlem Neugier gefragt, wo du das Geld her hättest, und da hast du ihr das aus Spaß erzählt. Wir alle wissen ja, wie neugierig die Weiber sind. Das ist ja nicht weiter wichtig. Wichtig aber ist folgendes: Kannst du dich daran erinnern, um welche Zeit das war, als du mit Katie Fog trankst? Um welche Zeit war das?“

„Kann's nicht sagen,“ murmelte Gyppo bödig, „bin betrunken. Kann mich nicht besinnen.“

„Na, das ist mal schade. Denn für uns ist es sehr wichtig, herauszufinden, um welche Zeit das war. Wenn wir nämlich herausbekommen könnten, wann das war, dann würden wir sicher noch 'ne ganze Menge mehr herausbekommen können. Sagen wir mal, es war neun Uhr um diese Zeit. Laß uns sagen neun. Das wird so ungefähr stimmen. Würde's so ungefähr stimmen, Gyppo?“

„Woher soll ich wissen, wie spät es war? Sagt' ich dir nicht, daß ich betrunken war?“

Etwas erregter fuhr Gallagher fort: „Nun gut. Wir sind so etwa auf neun Uhr gekommen. Wir sind soweit zurückgekommen bis neun Uhr.“

Er machte eine Pause. Sein Gesicht rötete sich, seine Stirn legte sich in Falten. Seine Augen waren nicht mehr stahlern und kalt, sie wurden zu ruhelosen Punkten, feurig und voll von einer fürmischen Beweglichkeit. Ununterbrochen streiften sie über Gypos Gesicht. Seine Lippen dagegen zogen sich in den Winkeln zu einem sonderbaren trockenen Lächeln empor. Seine Stimme bekam einen lachenden, etwas höheren und noch süßeren Tonfall.

Er fuhr fort: „Wir sind jetzt auf unserer Rückreise bei neun Uhr angekommen. Großartige Strecke zum Reisen, wie, Gyppo? Man ahnt nicht, womit man zusammenprallen wird. Jetzt sind wir in der Lage, in jeder Minute etwas zu entdecken. In einigen Sekunden könnten wir sogar auf den Mann stoßen, der Francis McPhillip verraten hat. Wir könnten auf ihn stoßen. Nun! Immer ruhig, Gyppo! Ich meine den Mann, den du aus dem Dumbog-Logierhaus hast gehen sehen, den Mann, der Francis McPhillip verfolgte. Könntest du dem Gerücht nicht eine ungefähre Beschreibung von ihm geben? Du sagtest, er war dem Muffigan ähnlich? Sagst du, daß er dem Muffigan ähnlich war? Sprich, Mann! Sprich, sage ich!“ Er brüllte.

Aber Gyppo war nicht mehr fähig zu sprechen. Eine plötzliche Verwandlung vollzog sich mit ihm. Wie ein Unwetter an einem schwülen Tag über einem ruhigen See ausbricht und das ölige Meer aufreißt und es mit strudelnden, schwarzen Furchen und weißem, brodelnden Schaum bedeckt, so erschütterte seinen Körper und seine Seele das plötzliche Aufblitzen in Gallaghers Augen, das drohende Knattern in seiner Stimme, die verzerrte Drohung ausstieß und leuchtete mit Worten jonglierte. Hilflos zerbröckelte er zu einer ungeheuren, wabbligen, hingestreckten Masse, die sich auf der hölzernen Bank wand, ein wirrer Klumpen hilflos angehäufter Gliedmaßen. Der Kopf fiel ihm vornüber auf die Brust und pendelte mit dem Kinn als Angelpunkt hin und her, die Augen schrumpften in ihre Höhlen, das Gesicht wurde aschgrau und reglos. Die Beine knickten ihm ein und sein Bauch krümmte sich wie eine ungeflügelte Kranne, die auf ihren Fundamenten zusammenstürzt. Sein ganzer Körper erschauerte und geriet in Aufruhr, Furcht und Schauer einflößend und nicht mehr menschlich; es war widerwärtig wie der Anblick von entwürdigendem Laster und doch rührend in seiner Hilflosigkeit.

Alle die unzähligen Jahrhunderte menschlicher Entwicklung, die diesem Körper ihren Stempel aufgedrückt hatten, um ihn zu dem herrlichen Ebenbild eines gottähnlichen Menschen zu formen, lösten sich in dieser Zeitspanne lehter Dual in nichts auf und ließen nur eine chaotische Ansammlung sich wüthender Glieder zurück und seltsame Bifionen, die über seine verkrampften Züge rasten.

Der Anblick war selbst für die unempfindlichen Männer, die ihn umgaben, entsetzender, selbst ihre verhärteter Seelen schauerten in diesem Augenblick das Bild eines fremden Lebens, eine unbekannte und unerwartete Erscheinung, die wenigen Menschen einmal im Leben begegnet, die Erleuchtung einer Menschenseele, die, entböhrt von den Hüllen der Individualität, nackt und von Entsetzen gelähmt daliegt ohne Hilfe, ohne Hoffnung auf Gnade. In diesem Augen-

Kampf dem Krebs

(Nachdruck verboten.)

Bei uns in Deutschland ist Aufklärungsarbeit über die verschiedensten Krankheiten geleistet worden. Die hygienische Volksbelehrung hat weite Bevölkerungskreise erfaßt. Aber die Aufklärung über den Krebs liegt bei uns im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien noch sehr im argen. Um so verdienstlicher ist es, wenn jetzt das Deutsche Hygienemuseum eine Wanderausstellung unter dem Titel „Kampf dem Krebs“ zusammengestellt hat, die in wenigen Tagen die Rundreise durch die deutschen und mitteleuropäischen Städte antreten wird. Bei keiner andern Krankheit ist nämlich die richtige Belehrung der Laien so notwendig wie beim Krebs, denn die Heilbarkeit des Krebses kann nur bei Frühbehandlung gewährleistet werden und diese ist nur, möglich, wenn der Arzt rechtzeitig in Anspruch genommen wird. Dafür wiederum ist Voraussetzung ein bestimmtes Wissen beim Laien über die ersten Anzeichen der Erkrankung. Nicht minder wichtig ist allerdings auch die Einsicht und der Wille des Erkrankten, die notwendigen Schritte zu tun. Das nötige Wissen zu vermitteln und das Vertrauen zur Heilbarkeit zu stärken, versucht die Wanderausstellung des Deutschen Hygienemuseums. Sie will einen Eindruck von der Krebskrankheit vermitteln, ihr Wesen erläutern, das Wachstum des Krebses schildern, den Verlauf der Krankheit darlegen und besonders darauf hinweisen, daß die Heilbarkeit mit dem Wachstum ständig abnimmt.

In der Tat ist der Krebs derzeit die Volkskrankheit! Sie nimmt immer mehr an Verbreitung zu und vor allem unsere Frauen sind es, die von ihr ergriffen werden: Alljährlich sterben in Deutschland 23 000 — dreiundzwanzigtausend! — Frauen an Gebärmutterkrebs. Und wenn uns die Ausstellung nur zeigt, daß dieses Sterben nicht nötig, dann allein wäre ihr Zweck schon erreicht. Sie zeigt uns aber mehr. Wir erfahren, wie sich die Wissenschaft bemüht hat, die Entstehungsurachen des Krebses und sein Wachstum zu erforschen. Wenn auch heute bei weitem noch nicht alle Fragen geklärt sind, so ist man erfreulicherweise doch schon so weit, daß man mit den verschiedenen Untersuchungsmethoden der modernen Wissenschaft, seien es nun chemische, physikalische oder biologische, ganz frühzeitig die entscheidende Frage ob Krebs oder nicht beantworten kann. Und das ist ja bei dieser heimtückischen Krankheit das Entscheidende: die Krankheit erkennen, ehe der davon Betroffene Schmerzen verspürt oder Anzeichen des Körperverfalls erkennen läßt. Und auf diese Gewißheit kommt es an, denn es ist ein Kampf mit dem Tode, den die Ärzteschaft zu führen hat. Ist aber der Feind rechtzeitig erkannt, dann kann sich die Behandlungsart anpassen. Es gibt da die verschiedensten Methoden. Die bekannteste ist

blid vergaßen sie, daß sie ihn haßten. Sie vergaßen, daß diese hilflose, formlose menschliche Masse eine Drohung gegen ihr Leben bedeutete. Sie vergaßen, daß es eine Materie war, die sie zerquetschen mußten. In diesem Augenblick wußten sie nur, daß er ein armer, halbtoter Mensch war wie sie selbst, eine menschliche Seele, schwach und hilflos im Schmerz, zitternd unter der Last des ewigen Kampfes mit dem Leid.

Ihre Münder standen weit offen. Ihre Augen wurden sanft. Einige bewegten unbewußt die Hände, andere die Füße — ungewollte Bewegungen, von denen ihr Bewußtsein nichts ahnte. Denn ihr Geist, von dem nagenden Einfluß des Hasses gefornt, blieb reglos und gleichgültig.

Ein Mann allein schwelgte in Gypos Dual. Er schwelgte darin, ohne sich seiner Gefühle bewußt zu sein. Er war toll geworden, berauscht von der Wut seines Hasses. Dieser Mann war Gallagher.

Er erhob sich ein wenig hinter dem Tisch und suchte wortlos, leise mit den Händen auf dem Tisch umhertappend, eine Stütze, wie ein Panther vor dem Sprunge halt sucht. Sein hageres, glänzendes, farbloses Gesicht leuchtete von der Blut seines leidenschaftlichen Eifers, wie das eines Verliebten, der sich der Geliebten nähert. Aber es war nicht der reine, strahlende Eifer der Liebe. Es war der Eifer des lauernden Raubtiers, das zum Absprung bereit ist. Die Lippen leuchteten, dünne, gekräuselte, rote Lippen: nach oben und unten von festen, weißen Zähnen zurückgezogen. Die Augen glühten. Die Stirn zuckte. Die Hände zitterten. Der ganze Körper fröstelte leicht, mit jenem schwachen Frösteln, das durch die Fanken eines Jagdhundes zittert, wenn er über seiner Beute steht.

Er erhob sich allmählich hinter dem Tisch. Mit dem rechten Fuß trat er über seinen Stuhl weg, um ihn nicht zu rücken; er machte seinen Körper von der Berührung mit dem Tisch und dem Stuhl frei. Seine Augen hefteten sich auf Gypos Gesicht. Er stand geduckt. Sein Kopf war nach vorn gestreckt, fast auf einer Höhe mit seinen gekrümmten Schultern. Mit der rechten Hand tastete er auf dem Tisch nach seinem Revolver. Seine Finger fanden den Kolben und umfaßten ihn langsam. Der Zeigefinger suchte den Hahn und sand ihn. Er hob die Pistole vom Tisch und nahm sie mit einer scharfen Bewegung an die Hüfte. Der

die Operation. Die Bestrahlung hat sich in vielen Fällen als wirksam erwiesen. Neuerdings zerstört man den Krebs durch elektrischen Strom. Gleichgültig, welche Behandlungsmethode im Einzelfall angebracht ist: der Krebs ist heilbar! Es sind in den letzten Jahren solche Fortschritte bei seiner Bekämpfung gemacht worden, daß die im Volke verbreitete Anschauung, der Krebs sei unheilbar, mit gutem Gewissen als irrig bezeichnet werden kann.

Das sei vor allen den Frauen gesagt. Gerade sie, die viel häufiger vom Krebs befallen werden als die Männer, sollen wissen, daß sie gesund werden können, wenn sie sich rechtzeitig behandeln lassen. Brustdrüsen- und Gebärmutterkrebs sind die beiden bei den Frauen sehr häufigen Krebsarten, die beide verhältnismäßig leicht und schnell geheilt werden können, wenn die Frauen rechtzeitig die Kliniken aufsuchen würden. Aber wenn die Ausstellung uns zeigt, daß die weitaus meisten erst kommen, wenn es zu spät ist, dann kann man nur wünschen, daß recht viele Frauen die Wanderausstellung, wenn sie in ihre oder die benachbarte Stadt kommt, besuchen. Die Wanderschau hat eine Sonderabteilung für Frauen, in der den Frauen gezeigt wird, wie und woran sie erkennen, ob die Gefahr einer Krebserkrankung gegeben ist.

Mag sein, daß die Ausstellung manchen Angstlichen veranlaßt, mit einer harmlosen Zellgewebsentzündung oder ähnlichem zum Arzt zu laufen, das schadet nichts. Die Krebskrankheit ist eine derart gefährliche, daß es besser ist, es kommen ein paar Angstliche zuviel zum Arzt, als daß die wirklich Betroffenen gar nicht kommen. Die Ausstellung zeigt in Bildtafeln die Frühzeichen des Krebses und jeder, der solche Zeichen an sich erkennt oder spürt, möge den Arzt aufsuchen. Wenn er sich täuscht, um so besser!

„Alles, was die Gesundheit fördert, schützt auch gegen Krebs“ lautet das Motto der letzten Abteilung der Veranstaltung. Hier wird gezeigt, daß die allgemeine Körperpflege uns lehrt, dem eigenen Körper mehr Beachtung zu schenken. Es wird darauf hingewiesen, daß Zahnpflege, Leibesübungen und vernünftige Ernährung, Kleidung und Wohnung Faktoren sind, die gegen Krebs schützen. Das ist gewiß sehr schön, aber in der gegenwärtigen Notzeit, in der es fünf Millionen Arbeitslose und nicht viel weniger Kurzarbeiter gibt, ist das mit vernünftiger Ernährung so eine Sache. Auch sich richtig kleiden, kostet Geld. Um so mehr aber sollten alle Arbeitnehmer darauf achten, daß ihr Gesundheitszustand erträglich bleibt und beim geringsten Krebsverdacht den Arzt in Anspruch nehmen, der ihnen dank dem sozialpolitischen Wirken der Gewerkschaften zur Verfügung steht.

Wenn die Wanderausstellung „Kampf dem Krebs“ in die deutschen Städte kommt, dann sollten unsere Leser den Besuch nicht verabsäumen.

Erwin Peggall, Dresden.

Lauf war auf Gypos Brust gerichtet. Dann machte er einen kurzen Schritt vorwärts.

Gyppo brüllte laut auf und hielt beide Hände vor das Gesicht, um seine Augen zu schützen, aber fast augenblicklich nahm er sie wieder weg. Sie sanken an seinen Seiten nieder. Er mußte Gallagher in die Augen sehen; vor diesen Augen konnte er sich nicht verstecken. Sie brannten in sein Fleisch, wenn er nicht hineinsah.

Gallagher sprach. Seine Stimme war fast unhörbar, sie war sanft und süß wie eine Mädchenstimme.

Er flüsterte: „Da du augenscheinlich die Stimme verloren hast, werde ich dir selber sagen, wer der Mann ist. Es ist nicht nötig, ihn dem Gericht zu beschreiben, das Gericht kann den Mann selbst sehen. Ich werde dem Gericht selbst den Namen des Spitzels nennen, der seinen Genossen Francis Joseph McPhillip verraten hat. Ich werde mit eigener Hand auf den Spizgel zeigen. Dies ist der Mann!“

Er schrie plötzlich mit erschreckender Kraft, und sich zu den Richtern wendend, zeigte er mit seiner Pistole auf Gyppo. „Genossen, der Spizgel ist Gyppo Nolan, der hier sitzt, auf dieser Bank.“

Er hatte kaum geendet, als Gyppo einen ersticken Schrei wie eine stumme Kreatur im Todestampf ausstieß. Er fiel vornüber auf den Steinboden, Schaum vor dem Mund, streckte seine zitternden Hände nach Gallagher aus und rief: „Kommandant, ich wußte nicht, was ich tat. Ich schwöre bei Gott, ich wußte nicht, was ich tat. Kannst du nicht verstehen, was ich meine?“ Er hob seine Stimme zu einem Schrei und schlug dann zu Gallaghers Füßen lang auf den Boden hin. Dort blieb er knieend liegen, leuchtend die Hände von sich streckend: „Ist kein Mensch hier, der ihm sagt, warum ich es getan habe? Ich kann's ihm nicht sagen. Mein Kopf ist schlimm. Kommandant, Kommandant, du und ich, Kommandant, wir werden einen Plan machen, wir zwei beide... uh... rrr...“ Seine Stimme ging in sinnlosem Stammeln unter, als er Gallaghers Stiefel umklammerte. Er fiel wieder zu Boden. Seine dicken Lippen, die versuchten, Gallaghers Stiefel zu küssen, preßten Kräfte auf die Steinfliesen.

Gallagher trat die klammernden Hände beiseite und rief scharf aus: „Schafft ihn in die Zelle und haltet ihn unter strenger Bewachung.“ (Fortsetzung folgt.)